

Gǎidào

改道

einen anderen weg gehen



No 7
2011

Editorial

Hallo Menschen,

wenn ihr von Anfang an dabei wart, haltet ihr nun schon zum siebten Mal die [改道] Gǎi Dào – einen anderen Weg gehen< in der Hand. Alle anderen haben das Vergnügen, einfach die Nummer sieben unserer kollektiven Bemühungen lesen zu können.

Auch in dieser Ausgabe setzten wir die Faschismus-Reihe fort. Das Thema „Außereuropäische faschistische Bewegungen und Regime“ ist allerdings so umfangreich, dass wir es in zwei Teilen publizieren werden. In dieser Nummer findet ihr den Teil 5.1, mit dem Schwerpunkt auf Brasilien, Argentinien und Chile. In der Augustausgabe werdet ihr dann im Teil 5.2 etwas zu den faschistischen Bewegungen in den USA, Japan und Südafrika finden. In der letzten Ausgabe haben wir über die Buchmesse in Slowenien berichtet. Einer unserer Berliner Redakteure hatte dort die Gelegenheit mit Radio Libertaire, das schon seit Jahren kontinuierlich und ganztägig den Großraum Paris versorgt, ein Interview zu führen. Die Gruppe Karakök geht am Beispiel der Schweiz der Frage nach, ob der Energieverbrauch durch den individuellen Konsum positiv beeinflusst werden kann.

Von einigem Interesse könnte auch der Bericht vom Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums“ sein. In der Internationalen der anarchistischen Föderationen ist das Thema „Ökonomie ohne Wachstum“ dankt der frankophonen Sektion schon seit einigen Jahren Thema – schade nur, dass die [改道] Gǎi Dào erst seit diesem Jahr erscheint, sonst hätten wir schon vorher darüber berichten können. Und natürlich findet ihr auch in dieser Ausgabe noch viele andere kleine und große Beiträge, die wir hier nicht alle einzeln aufzählen können.

An dieser Stelle stattdessen ein Aufruf an die Leser und Leserinnen der [改道] Gǎi Dào: Wir benötigen eure Hilfe. Nicht nur, dass wir immer auf der Suche nach Autor_innen sind und Menschen, die uns mit Terminen, Bildmaterial u. v. m. versorgen. Nein, wir wollen auch von euch wissen: wie euch die [改道] Gǎi Dào gefällt

ob ihr sie ausdruckt und weiterverteilt
 ob ihr euch wünscht das wir als gedrucktes Magazin erscheinen
 ob euch die monatliche Erscheinungsweise ausreicht
 was ihr darüber hinaus schon immer an der [改道] Gǎi Dào< öffentliche loben wolltet
 und was ihr schon immer der Redaktion sagen wolltet was euch an der [改道] Gǎi Dào zu kritisieren habt.

In diesem Sinne wünschen wir uns und euch viel Spaß
 mit der Nummer sieben der [改道] Gǎi Dào. ■

Eure Redaktion

Via Kapitulation den Kapitalismus ins Jenseits befördern! Erfahrungen vom Kongress „Jenseits des Wachstums“

Ihr geht als Anarchist_innen zum Attac-Kongress? Ja, warum nicht? Viele von uns beschäftigen sich mit möglichen Formen solidarischer Ökonomien nicht nur jenseits des Wachstums, sondern auch jenseits des Kapitalismus, ja sogar möglichst jenseits aller denkbaren Herrschaftsstrukturen. Auch das Anarchistische Radio Berlin behandelt aktuell diese Themen. Hier einige Ausschnitte vom Kongress, die uns interessiert haben und die wir mal einzeln, mal gemeinsam besucht haben.

Zu Beginn wollte ich den Überblickskurs „Ideen und Praxis Solidarischer Ökonomien“ besuchen. Glücklicherweise war er sehr gut besucht, unglücklicherweise war er in einen kleinen Raum mit höchstens 50 Sitzplätzen gelegt, so dass selbst vollgequetscht viele nicht mehr rein konnten. Ich habe dann lieber meinen Platz geräumt und bin zu „Sustainability and Growth in Economic Theory“ weitergezogen. Hier wurde das neoklassische Theoriegebäude der Wirtschaftswissenschaften quasi davon freigesprochen, für das Wachstumsparadigma verantwortlich zu sein. Es käme letztlich auf die Aufstellung der (Grenz-)Nutzenfunktion an, welche wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als optimal bestimmt werden. Der Vorteil dieser Erkenntnis ist, dass mensch vielleicht die Argumentation von sogenannten Wirtschaftswissenschaftler_innen besser verstehen und kritisieren kann. Allerdings bleiben die Grundannahmen der Neoklassik sehr realitätsfern (v.a. die rationale Entscheidung der Menschen) und einem Zuwachs verpflichtet (die Profit- bzw. Nutzenmaximierung von Unternehmen), so dass der Nutzen der Modelle im Publikum hinterfragt wurde. An dem Beispiel Transportsektor wurde anschließend veranschaulicht, wie der Rahmen der Nutzenmaximierung flexibel gestaltet werden kann: Wenn etwa Ruhe- oder Grünflächen als positive Variablen aufgenommen werden, Abgase oder Energieverbrauch als negative, so werden sich für die Planenden entsprechende Empfehlungen ableiten lassen ... Die Wünsche und Ideen der Nutzenden

beeinflussen also die Modelle, die Grundannahmen verbleiben aber in einer szientifistischen Logik. Angesichts der Reflexion von Wissenschaftsmethodik und des fachlichen Tiefgangs die für mich aufschlussreichste Veranstaltung des Kongresses. Da die Auftaktveranstaltung wie viele Auftaktveranstaltungen zu werden drohte, habe ich mir nur den Beitrag von Vandana Shiva angehört. Sie brachte die Menge dann auch ganz gut in Wallung, indem sie einige erschütternde Nebenwirkungen des so genannten Wirtschaftswachstums in Indien ansprach. Dabei war eine zentrale Aussage, dass die Messung von Wachstum ‚naturfern‘ (nicht der Wortlaut der Rednerin, sondern die Umschreibung d. A.) und von herrschenden Interessen geleitet sei und entsprechend nur für Wenige ein Mehr bringe, während es für die übrige Bewohnerschaft des Planeten Raubbau bedeute. Soweit dürfte es Konsens bei den Kongressteilnehmenden gegeben haben (wenngleich die durchaus zu den Wenigen gehören mögen).

Am Folgetag gab es neben Podien und Foren, deren Unterschied sich uns nicht ganz erschloss, auch zahlreiche Workshops. Die dauerten aber auch nur 90 Minuten und waren fast immer so voll, dass es kaum zu einer gemeinsamen Erarbeitung oder Diskussion kam.

Harald Klimenta erzählte in einem historischen Abriss, wie die Natur seit 5.000 Jahren ausgebeutet wird und die Menschen sich für Fortschritt begeistern. So haben beispielsweise Bauern im Mittelalter aus Angst um die Wälder detaillierte Konzepte zur nachhaltigen Forstwirtschaft entwickelt. Heute sei dies jedoch gefährlicher als in früheren Zeiten, da zum einen die Mythen von Fortschritt viel weiter ins Denken der Gesellschaft eingesickert und verbreitet sind und zum anderen die Antwortzyklen länger geworden sind: Auf Übernutzung des Waldes zu reagieren, ist innerhalb weniger Jahre möglich, der Anreicherung von Treibhausgasen in der Erdatmosphäre entgegenzuwirken, erfordert dagegen deutlich mehr Zeit.

Um als Gesellschaft überleben zu können, nennt er als wesentlichen Faktor, dass diese selbst auf Umweltprobleme reagiert, statt auf die zu trügen Eliten zu hoffen. Harald sieht Spuren für bedenkenlose Ausbeutung der Natur in Schriften griechischer Philosophen, christlicher Schreiber_innen und Marxist_innen. Er regt an, in eine andere Art von Denken zu kommen. Von Individualisierung, Ich-Zentrierung, Überbetonung von Vernunft und Rationalität, Überhöhung des Berufs als Berufung zu Wechselwirkungsdenken und Verantwortung für mehr als mich und die Familie. Dazu seien, nach Harald, Geschichten notwendig, die andere Vorstellungswelten eröffnen.

Sozialpsychologe Harald Welzer analysiert in „Mentalen Infrastrukturen“ (Link siehe unten), dass für das jetzige System nicht nur materielle und institutionelle Infrastrukturen, sondern auch mentale notwendig sein. Damit meint er u. a. Konzepte, die wir als selbstverständlich verinnerlicht haben, obwohl es auch Zeiten gab, in denen dies nicht der Fall war. Als Beispiele nennt er das Leistungsdenken ab der Grundschule und die Tatsache, dass Menschen einen Lebenslauf haben müssen. In seinem Papier stellt er wie Harald Klimenta die Frage nach anderen Erzählungen, Visionen, Perspektiven: „Woran es fehlt, ist eine Vision, die emotional und identitätsträchtig ist, eine Formulierung der Frage, wie man im Jahr 2025 eigentlich leben möchte.“ Bei bisherigen Praxis-Ansätzen befürchtet er, dass sie zu kleinteilig seien, um gesellschaftliche Transformation anzustoßen, auch wenn sie oft zum direkten Mitmachen oder Nachahmen einladen. Welzer schließt seinen Aufsatz mit „Die Erfindung einer Gesellschaft nach dem Wachstum ist ein zivilgesellschaftliches Projekt, dessen Umsetzung man an niemanden delegieren kann.“

Der Hinweis darauf, wie eng unsere Denk- und Verhaltensweisen in dem wirtschaftlichen System verstrickt sind, dass wir unsere Welt selbst produzieren und konstruieren, erscheint mir elementar. Allerdings klingt das nicht neu, „Waren- und Geldfetisch“ sowie „Disziplinargesellschaft“ und „Bio-Politik“ beschreiben sehr ähnliche Strukturen und Prozesse, und das durchaus komplexer. Vielmehr werden hier neue Begriffe eingeführt und das Ganze mit Erkenntnissen der Hirnforschung über die „in der Biosphäre einzigartige Neuroplastizität“ ergänzt. (Dabei ist fraglich, ob diese Wechselwirkung von Kultur und Hirn nicht auch bei Tieren abläuft und die Einzigartigkeit des Menschen wie seine Kultur konstruiert ist.) Letztlich wird eine Reduktion vollzogen, indem Wachstum statt Kapitalismus als zu überwindender Missstand ausgemacht wird. Eine Kritik übrigens, die für die Wachstumskritik allgemein gilt.

In „Rohstoffausbeutung für die „grüne“ Wirtschaft?“ wurde verdeutlicht, dass Windräder und Elektroautos kein Ökoparadies und schon gar kein Sozialparadies bedeuten – insbesondere nicht in ärmeren, Ressourcen extrahierenden Ländern. Selbstverständlich sind auch für diese Produkte Rohstoffe notwendig, teils sogar mit erhöhten negativen Auswirkungen. Und auch eine Recyclingwirtschaft braucht eine Energiezufuhr und einen Arbeitseinsatz. Natur- und Menschenausbeutung hängen letztlich von den Wirtschafts- und Austauschstrukturen ab, nicht von der technischen Entwicklung. Im gegenwärtigen grünen Wirtschaftsdiskurs geht es aber lediglich um ein Ersetzen der Technik. Zur Diskussion gestellt wurde dennoch, ob wir – in den reichen Ländern – denn nicht den Ärmsten ihre Ressourcen abkaufen müssen





oder sie durch fairen Umgang und Investitionen unterstützen, eine eigene Industrie und Wertschöpfungskette aufzubauen. Dieser Ansatz klingt nach der Modernisierungstheorie der 1950er-Jahre, deren Paradigma einer nachholenden Entwicklung nach dem Vorbild der reichen Industrieländer noch in den vielen einflussreichen Institutionen fort dauert. Leider ist dieses paternalistische Denken einer Entwicklungshilfe weit verbreitet, was freilich auch einer tiefen gegenseitigen Abhängigkeit entspringt und auch nicht so einfach aufzulösen ist. Erlösend kam der abschließende Kommentar eines Gasts, der gerade aus dem Workshop „Besser leben‘ oder ‘gut leben‘? Das ‘Buen Vivir‘ als gesellschaftliche Alternative zum Wachstumsdogma“ kam und von einem lateinamerikanischen Vertreter erfahren hatte, dass der Großteil der dortigen Bevölkerungen die Ressourcen gar nicht nutzen und verkaufen will, sondern ein anderes Leben und Wirtschaften wünscht.

In „Nicht schneller, höher, weiter in die Sackgasse! Perspektiven für solidarische Mobilität gegen den Wachstumswahn im Verkehr“ von Bündnis „Bahn für Alle“ stolperten wir, nachdem andere Workshops hoffnungslos überfüllt waren. Es wurde nicht ganz klar, was solidarische Mobilität letztlich bedeutet, aber es gab weit reichende Übereinstimmung, dass der hochmotorisierte Individualverkehr und auch das von der Bundesregierung und den Medien geförderte Elektroauto nicht dazu zählen. Stattdessen wurde u. a. auf die nicht ganz neue Forderung von Car-Sharing und einem umfassenden, verbindenden Mobilitätskonzept erhoben. Hab ich das nicht vor ca. 20 Jahren schon mal gehört ... Irgendwie ist da auch nicht viel passiert, und was würde sich dadurch eigentlich än-

dern? Würden wir dann durch die Verbindung von Auto, Bahn und Fahrrad effizienter und schneller mobil sein? Mobilitätskonzepte scheinen irgendwie auch fest in die mentalen Infrastrukturen verknotet zu sein ... ähnlich wie die Frage, wie wir das denn den Arbeitenden der ganzen Industrien zumuten können, wenn wir ihr Zeug nicht mehr brauchen (unbestritten werden das viele erstmal nicht so lustig finden ...), welche sehr der obigen nach dem Rohstoffexport gleicht.

Als Anregung aus einem Podium nehme ich mit, Menschen, die meinen durch individuelle Anstrengung, sei es jedem und jeder möglich, einen guten Platz im jetzigen System zu finden, mit „auch du bist Sozialhilfeempfänger_in“ daran zu erinnern, dass es eine Illusion ist, ohne irgend eine Form der Unterstützung aus einer Gesellschaft oder Gemeinschaft leben zu können oder gar eine „führende Position“ zu bekommen. Als ein möglicher reformatorischer Ansatz wurde genannt, die Notwendigkeit von unterschiedlichen Ökonomien für unterschiedliche Lebensbereiche (z. B. Autoproduktion vs. Bildung) zu betonen und, statt auf Bewegung durch Parteien & Co. zu warten z. B. in Halbinseln (Friederike Habermann) selbst umsetzen, um Nachdenkprozesse anzustoßen.

Ein wenig Lebensfreude und erquickliche Subversivität in die erstickenden Diskussionen brachten die künstlerischen Interventionen. So sind uns Menschen begegnet, die im Chor „verkündeten“ dass genug für alle da ist – Nahrung, Wohnung und auch Liebe. Das Duo „Fräulein Bernd“ feat. Logotorium hat uns das Grimm-Märchen vom Süßen Brei erzählt, in dem die durch Maßlosigkeit ausgelöste Katastrophe in letzter Minute gestoppt

wurde, Empire-Vampire gesungen, mit uns zusammen Methoden eingeübt, wie wir uns endlich wieder besser fühlen („das sind nicht meine Probleme“) und ungeduldig die Kongressprogramm-Titelblatt-Schnecke zu mehr Leistung und Durchhaltevermögen angefeuert.

Auf dem Podium „Ökologische Grenzen: Ist Entkopplung möglich?“ gaben dann vier Männer ihre Ansichten zu der Frage zum Besten. Dabei bestand eine erstaunliche Einigkeit in der Systemkritik, wonach eine Entkopplung innerhalb der herrschenden Wirtschaftsstrukturen mit Profitorientierung nicht möglich sei. Entsprechend distanzierten sie sich auch vom „Green New Deal“, wenngleich T. Santarius – als Vertreter der Heinrich Böll Stiftung – doch ähnliche Rezepte anbot: Einen starken Staat und erstmal noch schnell das Wachstum – durch staatliche Investitionen – nutzen, um die Wirtschaft ökologisch umzugestalten. Denn das sei ohne große Investitionen nun mal nicht möglich ... Um Windparks zu bauen, Batterieautos voranzutreiben und Häuser zu dämmen, oder wie? Und dann lehnen wir uns entspannt zurück und leben vom ‚Naturzins‘? Das klang sehr widersprüchlich, ist aber nicht erwidert worden. Immerhin machte der ‚starke Staat‘ doch im Publikum Bauchschmerzen, wo sich wohl viele emanzipatorische Ansätze wünschten. Erklärte das immerhin teilweise auf, dass der Staat nicht die schwarz-gelbe Regierung sei, sondern „wir“ – aha, die Wutbürger und so. Ein Podiumskollege (B. Klein) fand denn auch, dass ein „Bottom-Up-Ansatz“ vielversprechender sei, der dritte (T. Jackson) fand beides wichtig. M. Müller schließlich, einst Abgeordneter der Grünen, forderte gar einen „Epochenbruch“, der die Aufklärung und das Naturverständnis der europäischen Moderne überwindet. Nur so sind wahrscheinlich auch die mentalen Infrastrukturen etwa des Podiums zu überwinden und können wir uns einst in Suffizienz üben – einem häufig und beliebt benutzend Begriff. Genug ist dann genug.

Bis dahin bleibt viel zu tun, Wachstumskritik schien hier Vieles unter einen Hut zu bringen („was eigentlich im Kapitalismus falsch läuft“) und die Resonanz war erstaunlich groß. Sicherlich gibt es einiges zu kritisieren: Die Diskussionen konnten wenig ausgeführt werden, die Verbindung zwischen den Veranstaltungen durch die Themenstränge gingen nicht auf und es gab nur kurze, überblickartige Veranstaltungen, die sehr frontal gehalten wurden. (Wie erwähnt gab es Auflockerung durch die

„Künstlerische Intervention“, die aber abgespalten blieb.) Dennoch fand ich es einen wichtigen Kongress, auf dem, auf dem die Teilnehmenden viel mitnehmen konnten. Und aus anarchistischer Sicht dürfen wir uns da gerne einmischen, auf hierarchische Strukturen und Widersprüche hinweisen. Nicht zuletzt darauf, wie die/wir linken und emanzipatorischen Aktivist_innen im System und ihren mentalen Infrastrukturen handeln, indem sie sich/wir uns selbst verausgaben, um in diesem Spektrum – etwa bei Stiftungen – einen Job zu kriegen, oder noch was Schlaues zu tun, zu sagen oder schreiben, um Gehör zu finden und damit irgendwas zum Positiven zu wenden (wie vielleicht auch die Autor_innen dieses Textes). Vielleicht dann doch Kapitulation (frei nach Tocotronic) ... um jenseits des Wachstums, nein, des Kapitalismus zu landen? ■

|| Von der Bildungsgruppe der
Anarchistischen Föderation Berlin (afb)

|| Link zu „Mentale Strukturen“:
[http://www.boell.de/downloads/
Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf](http://www.boell.de/downloads/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf)

Probeheft gratis! da-abc@fau.org	 <h2 style="margin: 0;">Wer nicht liest, hat schon verloren</h2> <p style="margin: 10px 0 0 0;">[Rüstzeug für den Klassenkampf]</p> <p style="margin: 0;">www.direkteaktion.org</p>
-------------------------------------	--



Monatszeitung für eine
gewaltfreie, herrschafts-
lose Gesellschaft

Probeheft kostenlos

graswurzel
revolution

www.graswurzel.net

No God, no Master, no Publicity

Interview zu Radio Libertaire mit John vom Radio-Sekretariat

*Wann ist das Radio entstanden
und warum überhaupt ein Radio?*

Alles begann, als drei Personen Ende der Siebziger ein anarchistisches Piratenradio in Paris starteten. Zum Kongress der Federation Anarchiste (FA) 1980 schlugen sie dann die Einrichtung eines legalen Radios vor. Zu diesem Zeitpunkt verstanden die Teilnehmer_innen des Kongresses jedoch nicht, was die politischen Ziele einer solchen Unternehmung sein könnten, und sie verstanden auch weder das Interesse noch die Dringlichkeit des Anliegens der Enthusiasten. Die Gründung des Radios wurde im Juni 1981 auf dem Kongress in Neuilly-sur-Marne beschlossen. Hintergrund war unter anderem die Legalisierung vieler Piratenradios während der Präsidentschaft von François Mitterrand, die selbstverständlich mit gewissen Hürden versehen war. Die französische Regierung versuchte damals durch die Legalisierung der Piratenradios bestimmte Reglements für die Radiosender zu etablieren und auch die verfügbaren Frequenzen zu begrenzen. Dabei scheute sie auch nicht davor zurück, die Bevölkerung über die Anzahl der in einem bestimmten Frequenzband unterbringbaren Sender zu belügen. Radio Libertaire spielte damals, neben anderen Radios, eine gewichtige Rolle bei den Verhandlungen mit der Regierung. Schließlich erhielt das Radio, auch nach sehr harten Auseinandersetzungen innerhalb der FA, eine eigene Frequenz, die sie sich zunächst mit einem zweiten Radio teilen musste: Radio Pays. Das war 1985. Als Bedingung musste das Radio eine gewisse Mindestzahl selbst produzierter Beiträge senden.

Wie bei jedem neuen Medium war am Anfang alles sehr technisch. Die Initiator_innen versuchten den anderen Mitgliedern der Föderation in einem sehr technischen Jargon vom möglichen Potential des Radios zu überzeugen, weshalb es zunächst nur wenig finanzielle Unterstützung gab. In einem zutiefst anarchistischen Akt gingen sie einfach selbst an die Realisierung ihres Projekts und suchten nach eigenen Finanzierungsmöglichkeiten. Im Laufe eines Jahres war es ihnen dann gelungen, die Föderation von den Möglichkeiten des neuen Mediums zu überzeugen.

Die Gründungsgruppe bestand aus echten Radioaficionados. Sie stürzten sich Hals über Kopf in die neue Aufgabe – und das gerade zu rechten Zeit: Denn nur wenig später wäre es bereits sehr schwierig gewesen, überhaupt eine Frequenz zugewiesen zu bekommen. Das war den Initiator_innen sofort klar gewesen.

Welche großen Veränderungen hat es seit der Inbetriebnahme gegeben und wie entwickelte sich die Wahrnehmung des Radios in der Gesellschaft?

Während zweier Jahrzehnte konnte das Radio nur über Funk gehört werden und das auch nur in Paris selbst. Seit 2003 ist es auch möglich, das Radio per Internetstream zu hören. Zu Anfang gab es sehr viel weniger Sendungen. Ich weiß nicht genau, wie sich die Programmgestaltung im Laufe der Zeit veränderte, aber zu Anfang war alles sehr stark verbunden mit alten Radio-kämpfen. Für viele Leute war dieses neue Radio besonders attraktiv wegen der völlig unterschiedlichen Musikauswahl im Vergleich zu anderen Radios: Songs, die echte Bedeutung hatten, Liedtexte, die den Menschen gefielen, kämpferische französische Songs. Natürlich war das zunächst nur etwas für eine Minderheit, aber es legte den Grundstein für die wachsende Anerkennung des Senders. Dann kam auch die große Interaktion mit dem Publikum dazu. Alle konnten anrufen und beispielsweise einen bevorstehenden Streik irgendwo in der Stadt ankündigen. Und manchmal waren es einfach Leute, die sich gerne ein bestimmtes Musikstück wünschten.

Im August 1983 durchsuchte die Polizei das Radio in dem Versuch, das Radio zu schließen. Damals befand sich das Radio noch woanders in Paris, und zwar in der Nähe des Künstlerviertels Montmartre. Es gab damals nur ein Studio, und das war winzig. Die Polizei zerstörte alles Sendematerial, das sie fand. Die passionierten Radiomacher_innen waren aber schnell in der Lage, die Geräte zu reparieren und weiterzusenden. Bereits während der Polizeiaktion waren viele, auch ältere Leute durch die Liveübertragung aus dem Radio über die Geschehnisse informiert worden. Diese riefen

dann spontan zu einer Demonstration in Solidarität mit Radio Libertaire auf. Es war an diesem Tag, als vielen erst bewusst wurde, wie viele Leute sich für die Belange dieses Radios interessierten.

Um 1998 herum zog das Radio dann an eine neue Adresse mit deutlich mehr Platz: zwei Studios, davon eines für die Livesendungen und eines für Interviews und Vorproduktionen, sowie ein Archivraum und ein Raum für technisches Equipment. Die Anlage verfügt seitdem auch über ein System, das automatisch erkennt, wenn über eine gewisse Zeit hinweg nichts gesendet wird, und dann stattdessen Musik einspielt, bis die potentielle Störung behoben wird. Alle Radiomacher_innen haben bessere Arbeitsbedingungen und können Gäste in ihre Sendungen einladen ...

Die neueste Entwicklung ist die Möglichkeit, alles über das Internet zu programmieren. Auf diese Weise können auch Livesendungen von außerhalb der Studios eingespielt werden. Früher waren dafür Telefonleitungen erforderlich. Seit dem ersten erfolgreichen Test am 10. Mai 2011 ist alles auch über Netz möglich. Livesendungen von außerhalb des Radios gibt es aber an sich schon länger. Ein Beispiel dafür war die Teilnahme an einem Event zur Meinungsfreiheit im C.I.P.-Squat in Paris, der HYPERLINK „<http://www.cip-idf.org>“ Coordination des Intermittents et Précaires, um diesem eine solidarische Öffentlichkeit für sein Anliegen zu bieten oder im Mai 2010 die Teilnahme an der Anarchistischen Buchmesse in Paris, wo zwei Tage lang live von vor Ort gesendet wurde. Erforderlich dafür waren jedoch sehr kostspielige Leitungen von France Telecom – was glücklicherweise der Vergangenheit angehört.

*Wie funktioniert das Radio heute genau?
Wie viele Leute sind daran beteiligt?*

Heute gibt es etwa 80 Sendungen, nicht alle davon sind live. Manche sind vorproduziert, andere senden nur Musik. Dabei sind im Programm die verschiedensten Musikstile vertreten. Natürlich gibt es auch explizit politische Sendungen. Insgesamt sind etwa 180-200 Menschen am Radio beteiligt. Jede Gruppe ist nicht nur für den Inhalt ihrer Sendung, sondern auch für die technischen Fragen verantwortlich. Auf diese Weise sichern sie sich die Unabhängigkeit ihrer Sendung. Es gibt eine Mailingliste,

die als Austauschtool fungiert, und auf der alle Radiomacher_innen drauf sind. Dort werden dann bestimmte Fragen diskutiert und zum Teil gibt es auch erbitterte Streits. Dieses Tool hat eine sehr große Bedeutung, da nur die wenigsten Leute auf das wöchentliche Treffen kommen.

Alle, die gerne eine Sendung machen wollen, sind eingeladen auf dieses Treffen zu kommen. Es findet jede Woche in der Publico-Bücherei in Paris statt. Dort können Interessierte stets drei oder vier der Radiosekretär_innen von Radio Libertaire antreffen, je nach Verfügbarkeit. Das Radiosekretariat besteht aus vier Mitgliedern, die je für ein Jahr ein Mandat erhalten, mit einer Option auf eine Verlängerung um ein Jahr: eine Person für die Technik, eine für das Programm, eine für die Verwaltung und eine für die Finanzen. Im Rahmen ihres Mandats sind sie für alle Fragen, die ihr Arbeitsfeld betreffen verantwortlich. Tatsächlich hat sich das in der Praxis immer mehr zu einem Team entwickelt, in dem Fragen gemeinsam diskutiert werden, die einzelnen Sekretäre jedoch weiterhin individuell verantwortlich sind. Im Fall der Technik kann allerdings angesichts der hohen Komplexität der Materie der Anspruch einer Rotation der mandatierten Person nur sehr schwer umgesetzt werden – was generell Fragen zur Rotation solcher hochspezialisierten Posten aufwirft.

Wenn dann neue Leute zum Treffen kommen, erklären wir ihnen im informellen Rahmen, aber explizit die Grundprinzipien des Radios, selbst wenn sie uns bereits kennen: Wir dulden weder Sexismus, Rassismus, Homophobie, Speziesismus oder andere Formen der Diskriminierung, noch die Unterstützung von Wahlen, Religionen oder des Staates. Im Anschluss unterhalten wir uns dann über ihre Konzeption, d. h. welcher Art ihre Sendung sein soll – kulturell, musikalisch, politisch –, wie häufig sie senden wollen – täglich oder wöchentlich – und wann sie gerne senden würden. Natürlich hängt alles davon ab, ob tatsächlich was frei ist, aber wir versuchen Wünschen bestmöglich entgegenzukommen. Und falls sie das leisten können, bitten wir sie um eine kleine Präsentation ihrer Idee. Wenn wir der Gruppe eine Zusage geben können, machen wir einen Termin aus, übergeben ihnen die Schlüssel und bieten bei Bedarf technischen Beistand. Es gibt immer Leute, die bereit sind, Neuen ihre Radioexpertise weiterzugeben.

Die Entscheidung über die Aufnahme neuer Sendungen wird also durch das Sekretariat getroffen und ist nicht Bestandteil eines basisdemokratischen Prozesses ...?

Das Radio – nicht nur das Equipment, sondern auch das Grundstück – ist tatsächlich im Besitz der Föderation Anarchiste. Wir haben die Verantwortung, das Radio als alternatives Medientool am Leben zu erhalten, wir kümmern uns um die technischen wie auch um die finanziellen Belange. Das Radio-Sekretariat hat ein definiertes, aber freies Mandat, und das schließt auch die Entscheidung über die Programmbelegung mit ein. Und über den Rauswurf von Gruppen. Alle vier Sekretär_innen sind, jeweils im Rahmen unseres eigenen Mandats, dem Föderationskongress Rechenschaft für unsere Entscheidungen schuldig. Und natürlich ist der Umgang mit Konflikten bei uns nicht leichter als anderswo in anarchistischen Organisationen.

Das Sekretariat entscheidet, wer aufgenommen wird, aber obwohl wir dafür Sorge tragen, dass die Grundprinzipien respektiert werden, haben wir in all der Zeit keinen Einfluss auf die Sendungen genommen oder diese gar systematisch kontrolliert. Manchmal erhalten wir Hinweise darauf, dass in einer bestimmten Sendung etwas nicht richtig läuft. Beispielsweise gab es vor kurzem ein Problem mit einer Sendung, in der explizit atomkraftfreundliche, wissenschaftliche Kommentare im Zusammenhang mit Fukushima auftauchten. In einem solchen Fall hören wir uns zunächst die Aufnahme der betroffenen Sendung an, besprechen gemeinsam die Frage und entscheiden uns für eine Vorgehensweise. Zunächst laden wir die fragliche Person ein und lassen uns den Kontext der Äußerungen erklären. Und falls der Vorfall nicht zu extrem oder völlig untolerierbar war und der Mediationsprozess positiv verläuft, erinnern wir die Person an die Grundprinzipien und ermahnen sie, dass es künftig nicht wieder passieren darf. Ein Fall nicht tolerierbaren Verhaltens wäre bspw. der Aufruf zu rassistischer Gewalt.

Wie ist das Zusammenspiel zwischen Föderation und Radio Libertaire?

Etwa zehn Prozent der Sendungen werden von Mitgliedern der Föderation produziert. Der Rest geht auf das Konto anderer Personen – die aus anderen anarchistischen Gruppen, von Freund_innen oder von ganz woanders herkommen können –, die unsere Prinzipien anerkennen, aber nicht notwendigerweise Mitglied in der Föderation sein müssen. Eine mögliche Analogie zur Funktionsweise des Radios wäre die, dass die Föderation als Besitzerin des Radios das Skelett, und die Radiomacher_innen, die nicht zur Föderation gehören, die Muskeln des Radiokörpers sind. Auf diese Weise erkennen wir an, dass nicht nur explizite Anarchist_innen bzw. die sich als solche identifizieren, sondern auch andere Menschen Freiräume in unserem Radio gebrauchen und nutzen können. Wir sind zur Überzeugung gelangt, dass eine der Hauptstärken unseres Radios ist, dass wir Freiräume schaffen – es ist ein offenes Tool. Je nach Verfügbarkeit und Motivation der Sekretär_innen planen wir regelmäßige Vollversammlungen des Radios. In 2011 gab es bislang fast jeden Monat eine Vollversammlung, wo wir technische und finanzielle Fragen diskutieren, uns aber auch um besondere Events, die aktuelle Situation oder neue Entwicklungen kümmern – wie zuletzt bei der Bewegung rund um die Rentenreform in Frankreich. Neben den Grundprinzipien ist die einzige politische Einflussnahme, die wir auf die Sendungen haben, die, dass wir alle Radiomacher_innen bitten, die Termine der Föderation in ihren Sendungen bekannt zu geben.

Obwohl kein bestimmter Prozentsatz an dezidiert politischen Sendungen festgelegt ist, achten wir durchaus darauf. Auf der anderen Seite hat es bis dato keine einzige Ablehnung einer neuen Sendung aus diesem Grund gegeben.



*Wenn das Radio im Besitz der Föderation ist:
Wie funktioniert die Finanzierung?*

Ein Teil der Finanzierung stammt aus einem staatlichen Topf für alternative Radios, dem 1985 gegründeten Hilfsfond für radiophone Ausdrucksfreiheit. Wir greifen darauf zurück, weil dieser mit keinerlei Bedingungen bezüglich des Inhalts verbunden ist. Sollte jedoch eines Tages von uns verlangt werden, Werbung mit aufzunehmen oder andere Bedingungen definiert werden, würden wir auf dieses Geld verzichten. Darüber hinaus finanziert der Staat die Erneuerung des technischen Equipments. Damit macht der staatliche Anteil ca. 50 Prozent an der Finanzierung aus. Die restlichen 50 Prozent stammen von Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Aktivist_innen. Als autonome Struktur innerhalb der Föderation ist uns eine von der Föderation unabhängige Finanzierung wichtig. Als Mitglieder der Föderation achten wir nicht nur deren Grundprinzipien, sondern wir sind auch für ihr Überleben verantwortlich, weswegen die Mitgliedsbeiträge des Radios in bestimmten Fällen auch für die Zeitung, den Buchervertrieb, den Buchladen oder für Solidaritätsfonds genutzt werden können.

Bis vor etwa 15 Jahren gab es eine Person, die hauptberuflich angestellt war. Auf Initiative von Föderationsmitgliedern konnten wir jedoch darauf verzichten. Heute arbeiten alle ehrenamtlich am Radio und auch als Sekretär_innen. Und natürlich haben wir keinerlei Werbeeinnahmen. Was sich auch in unserem Motto widerspiegelt: „No God, no Master, no Publicity“ (dt.: Kein Gott, keine Herrschaft, keine Werbung).

Hat dieses Arrangement zu Konflikten geführt?

Manchmal stellen Leute die Funktionsweise des Radios in Frage. Bislang gab es allerdings keine Alternativvorschläge.

Gibt es bereits Kooperationen mit anderen anarchistischen Projekten außerhalb von Frankreich? Wird das Radio in anderen französischsprachigen Ländern gehört?

Es gibt keine Kooperationen mit dem Ausland, bereits innerhalb der französischen Regionen gestaltet sich das schwierig. Obwohl wir Gruppen aus anderen

Städten dazu ermuntern, erhalten wir nur wenig Reaktionen. Eine Ausnahme ist eine Gruppe aus Lille, die jede Woche herkommt, um ihre Sendung zu machen. Darüber hinaus fordern wir alle Sendungen dazu auf, auch landesweite Termine anzukündigen.

Sobald das Radio auch im Internet verfügbar war, erhielten wir viel Post aus aller Welt (Kanada, Neukaledonien, Südamerika). Das waren meistens Leute, die das Radio bereits kannten, aber sich freuten, jetzt von überall her Reinhören zu können und die vielleicht spezielle Wünsche hatten.

Die französische Regierung weiß noch nicht, ob und wann sie die Digitalisierung der TV-Landschaft auch im Radiosektor umsetzen will, Radio Libertaire ist jedoch für diesen Fall bereits gerüstet. Zurzeit gibt von den Behörden aus eine Testphase in der Bretagne, aber es ist unklar, wie das weitergeht. Ursprünglich sollte die Umstellung 2011 erfolgen.

*Welche Pläne hat das Radio für die Zukunft
und wie könnten sich andere
anarchistische Projekte daran beteiligen?*

Manche Leute im Radio arbeiten zurzeit an Ideen, die eine internationale Kooperation von Anarchist_innen am Radio ermöglichen würde. Zu gegebener Zeit werden wir mehr dazu bekannt geben. ■

|| Das Interview wurde im Anschluss an die
Anarchistische Buchmesse in Slowenien geführt.

|| jt (afb)

Weitere Infos zum Radio:

<http://rl.federation-anarchiste.org>
(mit Links zum Internetstream)

Publico (Librairie Du Monde)
147 rue Amelot, Paris

Lesben-Frühlings-Treffen - 2011

Rostock, windig, Unigelände, zunächst sah es aus, als würden viel weniger Frauen gekommen sein, die Räumlichkeiten waren im Eingangsbereich eng, zusammengequetscht saßen die Orgas, eine erzählte, sie seien in Rostock nur sechs aktive gewesen. Zumindest im Laufe der drei Tage müssen noch viele Helferinnen dazu gekommen sein, denn die beiden Feten-Orte am traumhaften Rostocker Hafen mit Sonnenuntergang über den glitzernden Segelboten, waren immer gut mit Helferinnen bestückt. Dort liefen dann auch die Highlights: Zunächst die beiden Clowninnen oder Kabarettistinnen oder Entertainerinnen, wie nennen wir sie denn nun? „Theater Prima Panna, die sich als die Doofe und die Spanierin angekündigt hatten, sie überraschten durch Tiefgang, denn hinter all ihren Clownereien stand eine feine, nicht vorurteilsfreie Analyse spezifisch weiblicher Aggressivität, einer Mischung aus Eitelkeit, Konkurrenz, Besserwisserei und Hintenrum, immer schön tun, als sei nichts, immer freundlich, was willst du denn, und doch in Wahrheit austeilen. Herumzicken nennen das bevorzugt Männer, die es humaner finden, Kriege in fernen Ländern zu führen. In lesbischen Beziehungen, dem Beifall nach zu urteilen, schien das nicht ganz unbekannt zu sein. Ich habe immer Probleme, wenn von „Zicken“ die Rede ist, da ich Tiervergleiche mit Menschen immer verächtlich-machend finde. Aber die Spanierin und die norddeutsche Freundin, die kalt und warm symbolisieren sollten, kühl und feurig, ein wenig auch unscheinbar und glamourös, haben das Thema auf eine feine und differenziert-nachvollziehbare Weise abgehandelt, es stimmte vieles, so dass es wirklich Grund zum Lachen gab, das kein Auslachen der Figuren, sondern ein selbstironisches Lachen war, was Einsicht förderte. Am nächsten Abend haben die Steptokokken eine beachtenswerte Beingymnastik mit Medizin-kritisch-pflegerischen Themen verbunden, auch sie waren clownesk und nicht ernst. Das schien den Geschmack zu treffen, auch hier tosender Beifall, die kann frau auch buchen.

Daneben, etwa 200 Meter den Mittsommer-Hafen entlang geschlendert, gab's zwei Orte für Disko, in denen sich brechend voll, die Frauen nur so stapelten. Also nichts gegen Rostock, es gibt dort schon Lesben, sie feiern eben gern und brauchen auch 'ne Weile, um aus dem Umland anzureisen.

Die Workshops waren wieder politisch, wieder buntgemischt, wieder interessant. Eine Fotoausstellung zum Thema „Frauen und Gewalt“, die sich dem Thema einmal nicht dokumentarisch-sachlich, sondern auf künstlerische Weise näherte, eine Lesung, Cassandra 3.0, hatte u. a. die Muster des Patriarchats und wie sie sich in unseren Beziehungen wiederfinden, zum Thema. Der Workshop um „Bedingungsloses Grundeinkommen – und dann?“ führte zum Einbringen eines Antrags Grundeinkommen auf dem Abschlussplenum, der nun in die Politik eingebracht wird, beim Thema „arm und alt“ ging es um alternative Wohn- und Lebensformen, die später noch durch Infos über die Sappho-Wohnstiftung ganz supertoll ergänzt wurde, beides Projekte, in denen wir hier und jetzt schon unsere Zukunftsideale verwirklichen können. Weiter ging es noch um Auswandern, Eurythmie und Bernsteinschleifen, die Gebärdendolmetscherinnen, die seit Jahren eine Augenfreude für jede Frau sind, gaben einen Kurs in dieser wundervollen Sprache, Samira Kenawi, voriges Mal über die unseligen Kräfte des Geldes, war gleich mit zwei Kursen vertreten: DDR-Frauen-Lesben-Geschichte der 80iger Jahre und „Physik ohne Männer“, wo frau Erstaunliches über die Materie umkreisende Lichtelemente erfahren konnte. Authentizität, Großmütter und Antidiskriminierungsgesetz, ein Film über 11 lesbische Ungarinnen, die über ihr verheimlichtes und darum eingeschränktes Leben Erschütterndes, aber auch Mut machendes zu berichten wussten. Die „Pride in Budapest“-DVD kann und sollte dringend über: koltzenburg@w4wnet, 0176 49826236 für Veranstaltungen ausgeliehen werden, auch gegen Schlafstörungen gab es was und in „Morgen werden wir Geschichte sein“ konnten Ältere den Jüngeren erzählen, dass es Rückschritte gibt, die frau durchaus miterleben kann und daher Fortschritte aufgeschrieben und aufbewahrt gehören.

Mein Highlight war der ausgesprochen lebendige, engagierte und informative Vortrag, mit vielen Neuigkeiten, die viele so noch nicht kannten, von Wienke Zitzlaff über Clara Zetkin, sehr differenziert, sehr klug, sehr umfangreich – in der Figur Clara Zetkin fokussierten sich über 150 Jahre deutscher Frauenbewegung – dazu gab es Bilder, Filmausschnitte und Biografisches, ausdrücklich wurde dieser Workshop auf dem Abschlussplenum hervorgehoben. Ein Frauen-/Mädchenprojekt aus einem Staat in Brasilien, der überwiegend schwarz ist, aber weiß regiert wird, wurde von seinen Anfängen bis heute, von dem ersten Mädchen, bis zum 5-Stöckigen Projekthaus, wo inzwischen weit über 50 Mädchen ausgebildet werden, vorgestellt, die feministische Geburtsstunde des LFT ist einfach nicht kleinzukriegen. Die Junglesben, die bisher nur das L-Beach kannten, mit 130.- Euro Eintritt ohne Essen only for partys, fühlten sich gestärkt durch die vielen guten Gedanken und Mut machenden Vorstellungen der „alten“ Vorkämpferinnen. Nein, auf dem LFT wird man nie den Sieg des Kommerz über die Frauen erleben, hier bleibt es autonom, basisdemokratisch, selbstorganisiert und frei und wenn am Anfang auch noch nicht feststand, wie es in zwei Jahren weitergehen soll, schon am zweiten Tag war es klar: Nürnberg übernimmt 2013.

Die Demo war eine lebhaft-laute Kundgebung gegen Diskriminierung von Frauen und Lesben, in der es osteuropäisch-international zugeht, Djurdja Kneseritzsch aus Kroatien, Maria Sabunaeva aus St. Petersburg, Silia Strepeska aus Warschau und Laima Vaige aus Vilnius, sprachen über die Diskriminierungen und Fortschritte in ihren Ländern rund um die Ostsee. Eine erstaunliche Meinung wurde vertreten. In Zukunft, wurde gesagt, sollte es gar keine Lesben mehr geben müssen. Nicht deswegen, weil die Frauen keine Frauen mehr lieben sollen, sondern, weil es nicht mehr drauf ankommen dürfte, wer wen liebt. Siehste, hab ich gedacht, das habe ich doch schon immer gedacht.

Auf dem Abschlussplenum, wo frau Zeuge echter Basisdemokratie werden kann, da das Konsensprinzip gilt, wurden für das nächste LFT Zuschüsse für Frauen aus den Ostländern beantragt und öffentlich ein Verbot von Operationen an minderjährigen Intersexuellen gefordert. Eine rundum gelungene Veranstaltung, niemals tot zu kriegen! Toll! ■

Selbstvorstellung

*Dieser Artikel erscheint im Printmedium des Forums deutschsprachiger Anarchist*innen, eine Initiative, die seit mehr als 10 Jahren versucht eine anarchistische Föderation aufzubauen. Es erscheint also schwierig sich zu vernetzen. Vielen libertär Orientierten erschließt sich nicht einmal der Sinn solcher Strukturen. Aller Schwierigkeiten zum Trotz entstand (ausgerechnet) in Dresden eine Art anarchistische Lokalföderation, das Libertäre Netzwerk. Seit Anfang dieses Jahres ist es Teil des FdA – Zeit sich vorzustellen:*

Zur Geschichte

Dresden hat, zumindest im Stadtviertel Neustadt, nach der „Wiedervereinigung“ einige libertäre Momente erlebt. Meist drehten sich die politischen Konflikte um Stadtteilselbstverwaltung, Mieten, Verdrängung, Freiräume, Militarismus und Nazis. 1993 gab es mit den „Schwarzen Tagen“ sogar eine anarchistische Veranstaltungswoche. Dazu kursieren Geschichten von brutalen Gebäudeerstürmungen, Naziangriffen und polizeilichem Schusswaffeneinsatz. Konkrete Fakten sind aus dieser Epoche mündlicher Überlieferung schwer in Erfahrung zu bringen. Übrig blieb eine Aura, über die sich die Neustadt heute als „Szeneviertel“ vermarktet. Anarchist*innen und alternative Lebensformen sind in der Neustadt zu Folklore geworden, in etwa wie Cowboys in einem Freizeitpark.

Im großen Ganzen kann man die „Kulturstadt Dresden“ als eine Hochburg und einen Rückzugspunkt konservativer Weltbilder verstehen. Hier ist „die Welt noch in Ordnung“. Beschaulich ist das Lebensgefühl, beschaulich schreiben die Zeitungen. Um so traumatisierender wirken Tage wie der 13. Februar, wo Konflikte nicht mehr wegretuschierbar sind. „Die dürfen uns nicht unsere Stadt wegnehmen“ lautet in etwa ein breiter Konsens.

Ein entsprechendes Randdasein fristet(e) die sog. „linke Szene“. Vor Gründung des Libertären Netzwerks Anfang 2009 existierte neben einigen wenig sichtbaren Kleingruppen und übrig gebliebenen, politischen Hausprojekten nur eine antideutsche Antifagruppe, in deren Argumentationslogik sich viele nicht wiederfin-

des Libertären Netzwerks Dresden

den konnten. Jenseits dieser Zusammenhänge hatte sich bereits seit 2007 ein größerer, emanzipatorischer Personenkreis herausgebildet, der sich nach der brutalen Räumung eines Nachbarschaftsgartens zum Ziel setzte mehr herrschaftsfreie Räume zu schaffen. Aktionen in diesem Zusammenhang waren kreativ, vielfältig und gut besucht jedoch ohne praktischen Erfolg. Im Herbst des Jahres 2008 kam zusätzliche Bewegung auf, als sich unter dem Namen „No Pasaran!“ ein libertärer Vorbereitungskreis zum 13. Februar gründete. Schnell wurde klar, dass sich der Naziaufmarsch nur verhindern lässt, wenn man sich stark mit verschiedenen Gruppen vernetzt und insbesondere die Dresdner*innen aus ihrer Lethargie reißt. Diese Politik zeigte Erfolg, wurde für die Gruppe jedoch immer wieder zur kaum zu bewältigenden Zerreißprobe.

Städtische und mediale Ignoranz, Überarbeitung sowie die Erkenntnis in vielen Bereichen nicht handlungsfähig zu sein, führten letztendlich zu dem Wunsch sich mehr vernetzen und austauschen zu können. Diese Vernetzung sollte über die sporadischen gruppenübergreifenden Treffen (GÜT) hinausgehen. Zentrale Ideen waren ein nach außen sichtbares gemeinsames Auftreten, dynamische Bildung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen, eine klar anarchistische (teilweise libertär-kommunistische) inhaltliche Ausrichtung und das Teilen von Ressourcen und Kompetenzen. Zum organisatorischen Vorbild wurde für uns das „Libertäre Netzwerk Alerta“ aus Hannover. Diskussionen um Weiterentwicklung der Struktur und inhaltliche Ausrichtung halten bis heute an und werden wohl (hoffentlich) nie zu Ende geführt sein. Trotzdem waren wir meist praxisorientiert, undogmatisch und handlungsfähig. Aus Fehlern lernten wir und lernen noch. Einige Gruppen schlossen sich zum Libertären Netzwerk (LNDD) zusammen, wie der AK Freiraum, der AK Antifa, die Schüler*innenvernetzung „Freie Vereinbarung“, die Tierrechtsgruppe Dresden, die Demosanitäter*innen, das Hausprojekt Praxis, das Medienprojekt anarchia dresden und das Allgemeine Syndikat Dresden (ebenfalls in der FAU organisiert). Andere Gruppen dagegen entstanden aus dem Netzwerk heraus wie zum Beispiel der AK Freizeit, eine Werkstatt, der AK Technik oder der AK Wirtschaft.

Organisation und Selbsteinschätzung

Es mag viele Leser*innen interessieren, wie sich das Netzwerk konkret organisiert. Neben verschiedenen elektronischen Kommunikationswegen erwächst die Politik des Netzwerks aus einem zweiwöchentlichen Plenum, das sich aus Einzelpersonen oder Delegierten mit imperativem (abwählbare & weisungsgebunden) Mandat der Arbeitskreise zusammensetzt. Das Plenum entscheidet im Konsens mit Vetorecht. Da sich die Struktur von unten nach oben aufbaut, hat dieses Plenum keinen Einfluss auf die Politik der Gruppen. Jedoch können Arbeitsgemeinschaften (AGs) gegründet und Mandate vergeben werden, die direkt dem Plenum unterstehen. Wer zu einem Arbeitskreis dazustößt, schließt sich automatisch dem Libertären Netzwerk und dem FDA an.

Als solch eine AG entstand zum Beispiel der Vorbereitungskreis der Veranstaltungswoche „Libertäre Tage“ im Jahr 2010, der sich im weiteren Verlauf immer mehr zu einem offenen Treffen entwickelte. Bei den Libertären Tagen wurde die Vielzahl von alternativen Projekten in Dresden für Außenstehende sichtbar und nutzbar. Das Ganze verband sich über öffentliche Aktionen mit politischen Forderungen. Die Veranstaltungswoche wurde trotz medialem Boykott zu einem großen Erfolg. Wie sicher weithin bekannt wurde der Nazigroßaufmarsch 2010 und 2011 in der Stadt verhindert. Daran hat das Libertäre Netzwerk einen entscheidenden Anteil. Jenseits dieser herausragenden Ereignisse gehen eine hier nicht aufzählbare Zahl von Aktionen, Texten, Pressemitteilungen, Veranstaltungen und Demonstrationen zu verschiedenen Themen auf die Kappe von Teilen des Netzwerks. Jedoch war das Netzwerk nie als reines Aktionsnetzwerk ausgelegt. Vielmehr soll es den Teilnehmenden durch solidarische Ökonomie und selbstorganisiertes Miteinander eine lebenswerte Existenz jenseits von Staat und Kapitalismus sichern. Sanitäter*innen, Werkstatt und AK Wirtschaft versuchen hier einen Beitrag zu leisten.

Heute freuen wir uns über positives Feedback aus vielen Städten und können auf einige positive Entwicklungen zurückblicken. Dennoch überschatten viele Probleme das Libertäre Netzwerk Dresden. Äußerlich sind wir

immer wieder zum Ziel gefährlicher rechtsradikaler Angriffe geworden. Zudem lassen Polizei und Ermittlungsbehörden keine Möglichkeit aus, uns mit körperlicher Gewalt und Strafanzeigen zu überziehen. Aktuelles Beispiel sind die „Ermittlungen“ wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129. Im gesellschaftlichen Diskurs werden unsere Positionen ignoriert und die Presse findet sie nicht druckenswert oder verzerrt sie ins „Chaotenraster“.

Schwerer jedoch wiegen interne Probleme. Fast alle leben wir unter prekären Umständen. Entfremdung, Stress und finanzielle Unsicherheit lähmen unsere politische Handlungsfähigkeit und schaffen Konflikte in uns und zwischen uns. Häufig sind wir zu wenige, um unseren Ansprüchen entsprechen zu können. Burn-Out-Symptome sind bei vielen die Folge. Oft sind die Wichtigkeit von Vernetzung und Verantwortlichkeit schwer zu kommunizieren. Die Plena sind öfters zu schlecht besucht und die hier getroffenen Entscheidungen repräsentieren manchmal keinen Gesamtkonsens. Im Ergebnis befinden sich Einzelne in den Netzwerkstrukturen, die diese zwar nutzen, sich jedoch nicht damit identifizieren.

Alle diese Probleme führen zu einer phasenweisen Lähmung und Desillusionierung der gesamten Struktur und verschenken viele Möglichkeiten. Trotz allem ist das Libertäre Netzwerk weit von einer Auflösung entfernt, da es praktisch lebt. Gewisse inhaltliche Unterschiede im Netzwerk sind gewünscht und haben nie zu Spaltungen geführt.

Eine Auswahl von Gruppen und Projekten

Schüler*innenvernetzung „Freie Vereinbarung“:

Aus dem Kreis der Schüler*innen- und Bildungsvernetzung „Freie Vereinbarung“ heraus entsteht seit über einem Jahr die 2-Monats-Zeitschrift „Freidruck“. Diese befasst sich mit Bildungsprotesten, Schulapparat, Anarchismus und selbstverwalteten Projekten. Weiterhin arbeitete die Gruppe immer wieder konkrete Repressionsfälle an Schulen auf, mobilisierte für Bildungsproteste und wehrte sich gegen Bundeswehrveranstaltungen an einzelnen Bildungseinrichtungen.

AK Antifa:

Der AK Antifa organisiert und mobilisiert für die jährlichen Proteste gegen den Nazigroßaufmarsch um den 13. Februar. Dies beinhaltet eine intensive Auseinandersetzung mit der europaweiten Naziszene, aber auch der Gedenk- und Erinnerungskultur verschiedener Akteure in der Stadt. Weiterhin thematisiert der AK die lokale Geschichte an Daten wie dem 9. November (Reichsprogromnacht) und dem 27. Januar (Befreiung des KZs Auschwitz durch die Rote Armee) mit Kundgebungen, Rundgängen oder audio-visuellen Mahnwachen. Auch neuere Ereignisse, wie die Ermordung von Jorge Gomondai oder Marwa el Sherbini werden z. B. durch Demonstrationen ins öffentliche Bewusstsein gerückt.



AK Freiraum:

Dokumentiert Kämpfe der Hausbesetzer*innen-bewegung, leistet Medienarbeit und organisiert Diskussionsveranstaltungen zum Thema Stadtteilentwicklung, Flächennutzung und Stadtteilautonomie. Auch Solidaritätsarbeit für geräumte Projekte und das Organisieren von Demonstrationen zum Thema Freiräume wird vom AK übernommen. Seit letztem Jahr steht auch die Verteidigung gegen die Einschränkung gesamtgesellschaftlicher Freiräume, z. B. im Rahmen der Extremismusdebatte verstärkt im Fokus.

Hausprojekt Praxis:

Das Wohn- und Kulturprojekt Praxis ist ein Haus in dem selbstorganisiertes Wohnen und gemeinsames Wirtschaften erprobt wird, die Mitgliedschaft im Netzwerk ergibt sich für die Bewohner*innen aus der Notwendigkeit zur Organisation für einen gesellschaftlichen Wandel. Weiterhin bemüht sich das Projekt um die Beförderung und Entwicklung selbstorganisierter Stadtteilpolitik im Rahmen monatlicher Versammlungen der Nachbarschaft. Die Praxis bietet einer Reihe von Netzwerkveranstaltungen Raum.

Tierrechtsgruppe:

Gibt Tipps und Hilfestellungen für vegane Lebensweisen, veranstaltet Lesungen und Vorträge zur anarchistischen Kritik an Tierausbeutung, organisiert Demonstrationen und Kundgebungen gegen Tierversuche, Zoos und Zirkusse.

AK Freizeit

Die „schwarz-roten Bergsteiger*innen“ im AK bieten verschiedene Wander- und Kletterangebote in der Sächsischen Schweiz an und erarbeiten eigene Routenbeschreibungen. Zusätzlich findet eine intensive Bildungsarbeit zum regionalen Widerstand im NS (der zu großen Teilen von Bergsportler*innen geleistet wurde) und aktuellen Nazistrukturen statt. Ebenfalls bietet die SRB Hilfe bei der Organisation von Klausuren oder Urlaub im Grünen an. Der „Anarcho-Core“ trifft sich unregelmäßig



zum gemeinsamen Einstudieren anarchistischer Lieder und arbeitet an einem anarchistischen Liederbuch. Ein kleines Kollektiv betreut einmal im Monat den Gothic-Kneipenabend „Schwarzer Freitag“, bei dem nicht nur hin und wieder melancholische Kleinkunst zu sehen ist, sondern auch über linksradikale und rechte Musikprojekte in der schwarzen Subkultur aufgeklärt wird. Die vorerst letzte Gruppe im AK ist die „AG Kunst“, diese hat sich dem Layouten von Flyern, Transpis, Printmedien etc. angenommen.

Allgemeines Syndikat Dresden

Ein junger Ableger der Gewerkschaft FAU. Diese Gruppe will in Zukunft vor allem in den örtlichen Betrieben Fuß fassen, in den Belegschaften ein stärkeres Bewusstsein für Solidarität und Selbstorganisation und in der anarchistischen Bewegung vor Ort für das Bewusstsein für Solidarität mit aktuellen sozialen Kämpfen schaffen. Derzeit wird die erste Betriebsgruppe gebildet, monatliche Beratungssprechzeiten sind ebenfalls in Planung.

Ausblicke

Wir sind ständig bemüht, das Netzwerk thematisch und praktisch mit Vielfalt zu füllen. Daher suchen die einzelnen Gruppen und das Netzwerk immer wieder nach Menschen und Projekten, mit denen Gemeinsamkeiten bestehen und mit denen wir zusammen arbeiten und leben können. Wir hoffen sowohl auf eine wachsende Vernetzung an der Basis (Stadtteile, Arbeitsplätze etc.) als auch auf ein Entstehen von völlig neuen Projekten und Initiativen. Wir bieten mittlerweile eine Reihe von regelmäßigen Veranstaltungen an, mit denen wir hoffen,

Kontakte zu intensivieren und eine gegenseitige Weiterentwicklung zu befördern. Ebenso arbeiten verschiedene Menschen an einer besseren Öffentlichkeitsarbeit (z. B. durch Flyer, Plakate, Erweiterung der libertären Medienlandschaft, Publikation von Broschüren) oder beschäftigen sich mit einer Erweiterung des Netzwerks über den urbanen Raum hinaus (Agrar-Projekte, Verbrauchs-Genossenschaften, perspektivische Umbildung zum Stadt-Land-Netzwerk). Auch Großtermine wie die Libertären Tage 2011 vom 17. bis zum 24. September oder die Gegenaktivitäten am 13. Februar 2012 stehen weiterhin auf unserem Programm und sorgen für eine wachsende Bekanntheit unter der hiesigen Bevölkerung. Ebenso wie auf lokaler Ebene wünschen wir uns auch überregional eine Entwicklung, mit der die aktuellen gesellschaftlichen

und ökonomischen Verhältnisse veränderbar werden. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine lebendige anarchistische Föderation im deutschsprachigen Raum, in guter Zusammenarbeit mit der anarchistischen Bewegung rund um die Welt ein. Dafür möchten wir Wissen, Erfahrungen und Konzepte so weit als möglich weitergeben und von anderen erhalten, aber auch Hoffnung in eine Bewegung zurücktragen, die oft den Mut verloren zu haben scheint.

Viele weitere Informationen erhaltet ihr auf unserer Website *libertaeres-netzwerk.info*. Dort findet ihr auch die Kontaktadressen einzelner Gruppen und Projekte, die sich über Vernetzung und Erfahrungsaustausch freuen. ■

|| Libertäres Netzwerk Dresden

Vorstellung der Anarcho-Syndikalistischen Jugend Leipzig

Wir, die Anarcho-Syndikalistische Jugend (ASJ) Leipzig...

...haben uns im Oktober 2010 gegründet. Wir setzen uns aus SchülerInnen, Studierenden, Auszubildenden und ArbeitnehmerInnen zusammen. Innerhalb der letzten Wochen hat sich unsere Ortsgruppe enorm vergrößert. Durch diesen Zuwachs waren wir in der Lage, Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und Anlässen gleichzeitig zu organisieren. So wurde beispielsweise unsere Solidaritätskundgebung für die Opfer von staatlicher und faschistischer Repression in Griechenland von solch einer Arbeitsgruppe organisiert. Wir treffen uns regelmäßig in der Libelle – einem selbstverwalteten, libertären Zentrum, dessen Gestaltung und Programm wir mit verschiedenen Gruppen gemeinsam übernommen haben. Die Libelle bietet uns den Rahmen für Vorträge und Veranstaltungen. Am Wochenende vom 20.-21.5. haben wir Vorträge zu den Themen „Sex und Anarchie“ und „MigrantInnen in Japan nach der Dreifachkatastrophe“ veranstaltet.

Außerdem haben wir uns vor kurzem, mit anderen Gruppen, zu der Regionalföderation Ost zusammengeschlossen und arbeiten zurzeit an bundesweiten Struk-

turen. Die Regionalföderation beruht auf den gleichen Prinzipien wie unsere Ortsgruppe: Es wird angestrebt, sämtliche Entscheidungen nach Konsensprinzip zu fällen. Wir erteilen Delegierten imperative Mandate, was bedeutet, dass sie auf Versammlungen nur die vorher im Plenum beschlossene Meinung vertreten dürfen. Damit leben wir nach innen das Ziel, das wir auch nach außen tragen wollen, nämlich Befreiung, Emanzipation und Demokratisierung der Gesellschaft von der Basis her.

Dafür, dass sowas funktioniert, werden wir euch in unserer Vortragsreihe „Anarchie in der Praxis“ im Oktober Beispiele zeigen. Geplant sind sowohl bekanntere Beispiele wie Chiapas und die Pariser Commune wie auch eher unbekanntere, u. a. die anarchistische Strömung Ku-bas. Dazu möchten wir euch herzlich einladen.

Nähere Informationen findet ihr auf unserem Blog unter <http://asjl.blogspot.de>

Kontaktieren könnt ihr uns per E-Mail unter asj-leipzig@googlegroups.de oder jeden Montag um 20.00 Uhr in der Libelle: <http://www.libelle-leipzig.de>

Die Verteilung des Energieverbrauchs – oder: können wir den Energieverbrauch durch unseren Konsum regulieren?

Die Klimaerwärmung sowie die Verknappung der Ressourcen auf der Erde sind vieldiskutierte Themen, die längst nicht nur in linken Kreisen thematisiert werden. Nebst der Vereinnahmung der Thematik durch einen sog. „grünen“ Kapitalismus zeichnet sich auch eine Tendenz ab, die Verantwortung ökologischer Veränderungen zunehmend auf Individuen zu übertragen. Von staatlichen Institutionen, NGOs wie Umweltschutzorganisationen sowie Parteien wird an das Individuum appelliert, sparsamer mit dem Energieverbrauch umzugehen. So ist das Individuum darauf bedacht, den Standby-Schalter auszuschalten, den Handy-Akku nicht in der Steckdose zu lassen, den Wasserhahn nicht länger laufen zu lassen als nötig ... alles schön und gut, und aus Sicht des Individuums sicherlich gut gemeint – doch bringt dies wirklich den gewünschten Effekt? Kann die/der Einzelne tatsächlich durch die Regulierung seines Konsums dazu beitragen, ein ökologisch und sozial gerechtes Gleichgewicht herzustellen?

Schauen wir die Fakten an. Der Stromverbrauch in der Schweiz stammt zu 55% aus Wasserkraftwerken und zu 40% aus Kernkraftwerken. Teilt man ihn in Verbrauchergruppen auf, so stellt man folgendes fest:

Haushalte 30%
Landwirtschaft 2%
Industrie 33%
Dienstleistungen 27%
Verkehr 8%

Somit zeigt sich, dass mehr als zwei Drittel des Stromverbrauchs auf den Arbeitsmarkt und den Verkehr entfallen und weniger als 1/3 auf die Haushalte. Zu beachten hierbei ist, dass all diese Bereiche stark vom gegenwärtigen politischen System geprägt sind. Industrie, Landwirtschaft, das Dienstleistungsgewerbe und die Verkehrsbetriebe setzen sich aus Institutionen zusammen, die innerhalb der kapitalistischen Gesetzmässigkeit funktionieren. Um im Wettbewerb bestehen zu können, sind sie daher an kurzzeitigen Gewinnen und Profitmaximierung statt langfristigen Lösungen und ökologischer, ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit interessiert.



Hierbei bleibt zu beachten, dass auch der Energieverbrauch in den Haushalten wesentlich vom politischen System beeinflusst wird. Im Kapitalismus wird nicht das Angebot als Folge der Nachfrage produziert, sondern die Nachfrage dem Angebot angepasst – beispielsweise durch den Werbesektor, die Medien-, Musik- und Filmindustrie. Viele Arten von Gütern sind zudem erforderlich, um sich überhaupt in die kapitalistische Gesellschaft integrieren zu können, beispielsweise ein Auto, ein Handy oder ein Internet – ohne diese kann die/der Einzelne nicht am Arbeitsmarkt und oftmals sogar am Sozialleben teilhaben und wird so indirekt zum Konsum dieser Güter gezwungen.

Immer wieder wird damit argumentiert, dass wir auf Atomenergie angewiesen sind, um unseren Energieverbrauch decken zu können. Nur stellt sich die Frage: Welches sind denn die Gründe, dass unser Energieverbrauch derart schwierig zu decken ist? Weshalb benötigen die Menschen in Industriestaaten so viel mehr Strom als in anderen Regionen der Welt? Die Kernkraftwerke nennen folgende Gründe:

- das Wirtschaftswachstum:

Ein um 1% höheres Bruttosozialprodukt bedeutet eine Zunahme des Stromverbrauchs um 1,8%.

- das Bevölkerungswachstum: zwischen 1970 und 2007 hat die Bevölkerung der Schweiz um 1,3 Millionen Menschen zugenommen

- die zunehmende Wohnfläche pro Einwohner und die steigende Zahl von Ein-Personen-Haushalten
- die zunehmende Verbreitung von elektrischen Geräten

Auch hier zeigt sich, wie stark unser Energiebedarf auf unserer gesamtgesellschaftlichen Ausrichtung gründet und welche geringe Rolle dem Individuum zukommt. Wirtschaftliches Wachstum bedeutet in erster Linie ein Wachstum einiger weniger Institutionen und Bevölkerungsschichten; gesamtgesellschaftlich gesehen kommt es zu vermehrter ökonomischer, ökologischer und sozialer Ungerechtigkeit. Das Wachstum einiger weniger bedeutet den Rückschritt für die grosse Mehrheit sowie Natur und Umwelt. Beim genannten Bevölkerungswachstum in manchen Regionen oder Ländern handelt es sich in erster Linie um eine Umverteilung der Bevölkerung als Folge ungleich verteilter Finanzströme, das viele Men-

schen dazu zwingt, das gewohnte Umfeld zu verlassen (auch innerhalb eines Landes, z. B. Umzug von ländlichen in städtische Regionen aus Gründen wie Infrastruktur, Arbeitsplatz, Wohnungen).

Mit der scheinbaren Verantwortung, die dem Individuum in der Energiesparfrage übertragen wird, wird suggeriert, es läge am Individuum, etwas am Status quo zu verändern. Dies ist eine Illusion. Der Energieverbrauch steigt aufgrund immer mehr produzierten Gütern, die immer mehr Nachfrage schüren sollen, aufgrund immer mehr technologischen Neuerungen, die wir gar nicht brauchen, und aufgrund der Produktion zahlreicher, aber nur kurzzeitig gebrauchbarer Wegwerfgütern, die wieder die Nachfrage nach neuen Produkten mit sich bringen. Statt kollektiver Nutzung von Gütern (wie z. B. Verkehrsmittel oder Internet), wird jedes einzelne Individuum mit einem Gut ausgestattet (eigenes Auto, eigenes Internet, eigene Waren, die den grössten Teil des Tages unbenutzt herumstehen).

Sicherlich ist es unabdingbar, dass jede/r von uns seinen Teil zu einer ökologisch und sozial verantwortungsvollen Gesellschaft beiträgt – isoliert ist dies jedoch kein ausreichender Ansatz zur Veränderung. Solange das Individuum nur seinen Verbrauch, nicht aber die Produktion modulieren kann, verfügt es nicht über tatsächliche Verantwortung, ökologische Änderungen zu beeinflussen und hält das bestehende System indirekt aufrecht. Was den Energieverbrauch weit grösser beeinflusst als einzelne Individuen, ist das zugrundeliegende politische System – in diesem Fall der Kapitalismus. Er bestimmt, wie die Industrie aufgebaut ist, welche Dienstleistungen angeboten werden, wie der Verkehr strukturiert ist und wie die einzelnen Haushalte aufgebaut sind. Hier sollten wir daher ansetzen, wenn wir langfristige Lösungen bewirken möchten.

|| Karakök Autonome tr/ch

Warum selbstorganisierte Netzwerke Hierarchien zerstören werden

Ein Credo

Quelle: <http://www.systempunkte.org/article/warum-selbstorganisierte-netzwerke-hierarchien-zerst%C3%B6ren-werden>

In seinem Essay erläutert Kevin Carson die Probleme, mit denen sich Hierarchien systematisch konfrontiert sehen. Da die wenigen Vorteile, die sie gegenüber selbstorganisierten Netzwerken haben, immer unbedeutender werden, prognostiziert er einen Wettbewerbsvorteil der Netzwerke.

Hierarchien sind aus den folgenden Gründen systematisch dumm und ineffizient.

1. Hayek'sche Informationsprobleme: Die Regeln aufstellenden Autoritätspersonen kommen dem Fachpersonal in die Quere, das sich in seinem Bereich auskennt und in unmittelbarem Kontakt zur Situation steht. Die Regelersteller_innen haben keine Ahnung von der Arbeit, in die sie sich einmischen. Sie können von denen, die sich mit der Materie auskennen, üblicherweise nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Daraus folgt, dass alle auf Autorität beruhenden Regeln Irrationalität und mangelhafte Ergebnisse hervorrufen, sobald sie in das Urteilsvermögen von direkt mit der Situation Vertrauten eingreifen. Autoritätspersonen treffen dumme Entscheidungen, weil diejenigen, die ihnen fachlich überlegen sind, ihre Untergebenen sind. Die Menschen hingegen, von denen die Autoritätspersonen zur Verantwortung gezogen werden könnten, kennen sich sogar noch weniger aus. Damit die Arbeitenden irgendetwas Konstruktives erreichen können, müssen sie die irrationale Autorität als ein zu umgehendes Hindernis behandeln, auf dieselbe Art wie das Internet Zensur als Defekt behandelt und den Datenverkehr um sie herum leitet.

2. Gruppendenken: Hierarchien unterdrücken systematisch negative Rückmeldungen bezüglich der Folgen ihrer Politik. Wie Robert A. Wilson sagte: Niemand ist ehrlich zu einem Mann mit einer Pistole². Hierarchi-

en sind sehr gut darin, nackten Kaisern die Eleganz ihrer neuen Kleider zu bestätigen. Ebenso systematisch unterdrücken Hierarchien das kritische Denkvermögen ihrer Mitglieder. Psychologische Studien zeigen, dass Menschen in Autoritätspositionen seltener Kommunikation aufgrund der ihnen innewohnenden Logik auswerten, als vielmehr basierend auf der Autorität der Quelle.

3. Undurchsichtigkeit von oben: Ein zentrales Thema in James Scotts „Seeing Like a State“ ist, dass Staaten anstreben ihre Bevölkerung so durchsichtig wie möglich zu machen, um mehr Kontrolle über sie zu haben. Diese Aussage lässt sich für Hierarchien verallgemeinern. Das Problem der Herrschenden ist, dass eine umfassende Durchleuchtung ihrer Bevölkerung sehr aufwändig, wenn nicht unmöglich zu realisieren ist. Krankenhäuser mögen dafür als Beispiel dienen. Der größte Teil der Formulare, die das Pflegepersonal auszufüllen hat, lässt sich aus dem Misstrauen der Verwaltung erklären. Ohne eine unabhängige Prüfmöglichkeit traut sie dem Personal die Erfüllung der von ihr gestellten Aufgaben nicht zu. Die Formulare sind aber wertlos, solange die Verwaltung sich darauf verlassen muss, dass demselben Pflegepersonal das ehrliche Ausfüllen der Formulare anvertraut werden kann. Letztlich läuft es darauf hinaus, dass die Verwaltung sehr genau weiß, dass ihre Interessen denen des Personals diametral entgegenstehen, es aber keine Möglichkeit gibt, den Beschäftigten tatsächlich in den Kopf zu kriechen, durch ihre Augen zu sehen und damit dieses grundsätzliche Stellvertreterproblem zu überwinden. Darum suchen Vorgesetzte stets nach neuen Hilfsmitteln zur Überwindung dieses Problems, die sich als ebenso untauglich erweisen.

Die Folge sind endlose Stapel neuer Formulare, die genauso nutzlos sind wie die alten. Folgerung. Solange hierarchische Organisationen ihren Untergebenen die Freiheit des Austritts lassen, sind sie nicht im gleichen Maße unterdrückerisch wie es der Staat ist. Berücksichtigen wir jedoch, dass Hierarchien aufgrund staatlicher

Politik künstlich häufig vorkommen, und dass jene, die unter Autoritäten arbeiten, dies vor allem als notwendiges, aus künstlichen Beschränkungen konkurrierender Alternativen resultierendes Übel tun, dann erkennen wir, dass die Hierarchie einer etatistischen Gesellschaft in Miniatur gleicht, in welcher die Informations- und Stellvertreterprobleme der Autorität im Kleinen die Irrationalität der staatlichen Autorität im Großen widerspiegeln. Solange die vorherrschenden Produktionsmethoden große Kapitalanhäufungen benötigten, die die Möglichkeiten von Individuen und Kleingruppen überstiegen, und Firmenhierarchien durch staatliche Hierarchien gestützt und verstärkt wurden, konnten die schweren Wettbewerbsnachteile von Hierarchien überwunden werden. Doch der technologische Wandel erodiert rasch die Notwendigkeit großen Kapitalaufwands, hebt die Vorteile des Kapitaleigentums auf und macht Hierarchien verwundbar für externe wie interne Angriffe durch selbstorganisierte Netzwerke.

Hierarchien mangelt es also trotz staatlicher Hilfen zunehmend an Ressourcen um ihre Behinderungen auszugleichen. Der Staat wird sich – gemeinsam mit hierarchischen Konzernen – bei dem verzweifelten Versuch die alte Ordnung aufrechtzuerhalten bloß selbst in den Bankrott treiben.

Dieser Text ist eine Übersetzung durch Hypatia eines englischen Textes unter dem Titel „Why Self-Organized Networks Will Destroy Hierarchies“ (<http://c4ss.org/content/4247>). ■

Fußnoten:

1 Friedrich August von Hayek schrieb 1974 in seinem Aufsatz „Die Anmaßung von Wissen“ für die Zeitschrift „ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ über die Unmöglichkeit, dass eine planende Stelle alle für eine vernünftige Planung notwendigen Informationen zusammen tragen kann. [Anm. d. Ü.]

2 von Robert Anton Wilson, nordamerikanischer Schriftsteller, u.a. „Illuminatus!“ [Anm. d. Ü.]

Was ist Faschismus Außereuropäisch und Regime

Vorbemerkung: Innerhalb der Faschismusforschung wird die Frage, inwieweit sich das Attribut „faschistisch“ zur Einstufung außereuropäischer Gruppierungen und Herrschaftssysteme überhaupt eignet, kontrovers diskutiert. Im Laufe des folgenden Streifzuges durch drei Kontinente sollen einige der in diesem Zusammenhang besonders häufig genannten Bewegungen und Regime auf den Grad ihrer Vergleichbarkeit mit den als klassisch geltenden europäischen Faschismen hin beleuchtet werden.

Teil 5.1 - Beispiele für die Verbreitung und Wirksamkeit faschistischen Gedankenguts in Lateinamerika

Brasilien

Unter portugiesischer Herrschaft

Mit der Landung einer unter dem Kommando des Seefahrers Pedro Álvares Cabral (1467-1526) stehenden Flotte an der Küste des Südatlantiks begann am 22. April 1500 die koloniale Inbesitznahme des späteren brasilianischen Territoriums im Namen der portugiesischen Krone. Erstes Ausführprodukt war Brasilholz, nach dem die Kolonie benannt wurde. Bald löste Zucker das in Europa als Färbemittel begehrte Brasilholz als wichtigstes Exportgut ab. Mit gefangenen Angehörigen der indigenen Bevölkerung ließ sich allerdings der Arbeitskräftebedarf auf den Zuckerrohrplantagen nicht decken. So entstand zwischen Subsahara-Afrika und Brasilien ein blühender Sklavenhandel. Insgesamt rund 3,5 Millionen Menschen wurden von Angola, dem Sudan und dem Kongo aus in die südamerikanische Kolonie verschleppt, wo sie sich oftmals buchstäblich zu Tode schufteten. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts sollten die Deportationen andauern, die endgültige Abschaffung der Sklavenarbeit erfolgte erst 1888.

Gründung eines unabhängigen Kaiserreiches

us? - Teil 5

he faschistische Bewegungen

Bestrebungen zur Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit wurden seitens der Kolonialmacht ebenso strikt unterbunden wie Tendenzen in Richtung einer Industrialisierung Brasiliens. Anfang des 19. Jahrhunderts jedoch geriet Portugal mit dem Einfall französischer Truppen in sein Kernland in akute Bedrängnis. Der portugiesische Königshof wich 1808 nach Brasilien aus und ließ sich in Rio de Janeiro nieder. 1815 erklärte João VI. (1767-1826) die formale Gleichstellung der Kolonie mit dem Mutterland im Rahmen des „Vereinigten Königreiches von Portugal, Brasilien und den Algarven“. Während der Regent 1821 nach Lissabon zurückkehrte, blieb sein Sohn Pedro (1798-1834) in Brasilien, dessen Loslösung von Portugal er im Spätsommer des darauf folgenden Jahres verkündete. Am 12. Oktober 1822 ließ er sich als Dom Pedro I. zum brasilianischen Kaiser krönen. Mit der Unabhängigkeit verstärkte sich die Einwanderung aus Europa. Hauptherkunftsländer waren Portugal, Spanien, Italien und Deutschland.

Ausrufung der Republik unter Wahrung traditioneller Machtstrukturen

Das brasilianische Kaisertum stand und fiel mit dem Rückhalt der sich in zunehmendem Maße auf die Kaffee- und Kautschukerzeugung spezialisierenden Agrarelit. Die staatliche Ächtung von Sklavenarbeit zog die Aufkündigung dieser Unterstützung nach sich. So zwang ein von Marschall Manuel Deodoro da Fonseca (1827-1892) angeführter Militärputsch 1889 Dom Pedro II. ins Exil. Zwei Jahre später erfolgte die Ausrufung einer föderativen Republik, deren Verfassung an jene der USA angelehnt war. Faktisch blieb allerdings die Macht der GroßgrundbesitzerInnen ungebrochen. Daher kam es zur Ausbildung einer Oligarchie, d. h. eine kleine Gruppe privilegierter Personen und Familien kontrollierte die Entwicklung Brasiliens. Hieran änderte sich über den Ersten

Weltkrieg hinaus, in den das lateinamerikanische Land nach der Torpedierung brasilianischer Frachtschiffe durch deutsche U-Boote im Herbst 1917 auf der Seite der Alliierten eintrat, wenig. Erst als sich die ökonomischen Modernisierungsdefizite und sozialen Gegensätze im Laufe der 1920er Jahre immer heftiger bemerkbar machten, schwand der Einfluss der traditionellen Eliten zusehends. Mit dem dramatischen Einbruch der Weltmarktpreise für Kaffee während der globalen Wirtschaftskrise verschob sich die Machtbalance endgültig zugunsten der brasilianischen Armee. In dieser innenpolitischen Umbruchphase wurde eine Reihe extrem rechter Organisationen gegründet, von denen einer der Aufstieg zu einer Massenbewegung gelang.

Die „Brasilianische Integralistische Aktion“

Gewiss nicht abträglich war der Verbreitung faschistischen Gedankenguts in Brasilien das Vorhandensein zahlreicher EinwohnerInnen mit italienischen und deutschen Wurzeln, deren Gesamtzahl sich 1940 auf annähernd vier Millionen belief. Die Meinungsführerschaft innerhalb des rechten Lagers erlangte mit der „Brasilianischen Integralistischen Aktion“ („Ação Integralista Brasileira“ = AIB) jedoch keineswegs ein bloßes Importprojekt, obwohl ihr Vordenker, der Journalist Plínio Salgado (1895-1975), behauptete, anlässlich eines Treffens mit Mussolini sei in ihm „ein heiliges Feuer aufgelodert“. Gegründet wurde die „klassisch“ faschistische mit speziell brasilianischen Positionen und Erscheinungsmerkmalen verschmelzende AIB 1932. Ähnlich wie im Fall der meisten europäischen faschistischen Organisationen stützte sie sich auf eine bürgerlich geprägte Anhängerschaft, frönte dem Führerprinzip, lehnte entschieden jegliche Form von Kommunismus sowie Liberalismus ab und transportierte judenfeindliche Vorurteile. Als Leitwerte, denen im Zuge der Etablierung einer berufsständischen Ordnung zum Durchbruch zu verhelfen sei, dienten die Familie, der Ka-

tholizismus und die Nation. Im Gegensatz zum faschistischen Italien und „Dritten Reich“ zählten territoriale und imperiale Ansprüche nicht zu den Kernforderungen der AIB. Salgado zeigte sich zur Abwehr der von ihm beklagten „wachsende(n) Überfremdung von außen“ vielmehr an einer inneren Mobilisierung Brasiliens interessiert. Der AIB-Chefideologe schwärmte zwar von einer neuen brasilianischen „Rasse“, der „Brasilidade“, doch anders als Nazi-TheoretikerInnen wusste er ethnische Vielfalt durchaus zu schätzen. So betrachtete Salgado das indigene Erbe als wertvolles Element der „Brasilidade“, was u. a. darin Ausdruck fand, dass die mit „Du bist mein Bruder“ übersetzbare AIB-Begrüßungsformel „Anauê“ der Sprache der Tupi entlehnt war. Obwohl die AIB bis zu 200.000 Mitglieder zu rekrutieren vermochte, blieb ihr Erfolg bei Wahlen relativ bescheiden. Daher setzte die Partei zunehmend auf die Schlagkraft ihrer nach der Farbe ihrer Uniformen als „Grünhemden“ bezeichneten Parteimiliz. Durch ihre Beteiligung an einem Staatsstreich wähnte sich die AIB 1937 auf direktem Weg an die Macht, ließ sich hierbei aber auf ein Bündnis ein, das ihrem Aufstieg ein abruptes Ende bereiten sollte.

Der „Neue Staat“ des Getúlio Dornelles Vargas

Mit einem im Herbst 1930 durchgeführten Militärputsch war der nationalistische Politiker Getúlio Dornelles Vargas (1883-1954) an die Staatsspitze gelangt. Nachdem er sich vier Jahre später in einer Wahl als brasilianischer Präsident hatte bestätigen lassen, gelang ihm 1935 im Zuge der Niederschlagung eines kommunistischen Aufstandsversuches eine nachhaltige Schwächung der linken Opposition. Kurz vor dem Auslaufen seiner Amtszeit initiierte Vargas im November 1937 unter dem Vorwand abermaliger kommunistischer Umsturzpläne einen erneuten Putsch. Unterstützung erhielt er seitens der AIB, die darauf baute, hierfür mit einer Art politischen Monopolstellung belohnt zu werden. Im Anschluss an den geglückten Staatsstreich verfügte Vargas jedoch ein allgemeines Parteienverbot, unter das auch die AIB fiel. Enttäuschte „Grünhemden“ antworteten im Mai 1938 mit einer kläglich scheiternden Erhebung, die systematische staatliche Verfolgungsmaßnahmen nach sich zog. Die „integralistische“ Bewegung zerfiel, ihre Leitfigur Salgado floh ins Exil nach Portugal, wo seit knapp fünf Jahren eine faschistische Anklänge aufweisende autoritäre Diktatur unter der Führung von António de Oliveira Salazar (1889-1970) herrschte. So besaß Vargas freie Hand

bei der Festigung des von ihm unter begrifflicher Anleihe bei Salazar ausgerufenen „Neuen Staates“ („Estado Novo“). Anders als die Machthaber Italiens und Deutschlands hielt er die Gründung einer Massenpartei zur Etablierung seiner Herrschaft für unnötig und verknüpfte sein politisches Schicksal umso enger mit dem brasilianischen Militär. Noch rigoroser als das Mussolini-Regime und die Führung des „Dritten Reiches“ ging Vargas bei der Beseitigung parlamentarisch-demokratischer Strukturen vor. So ordnete er kurzerhand die Auflösung des Abgeordnetenhauses und das Inkrafttreten einer neuen, autoritären Verfassung an, um fortan mittels von ihm erlassener Dekrete zu regieren. Durch die drastische Beschneidung bundesstaatlicher Kompetenzen zugunsten eines strikten Zentralismus forcierte Vargas zusätzlich die Errichtung eines in hohem Maße auf ihn persönlich zugeschnittenen Herrschaftssystems. Hierbei konnte er an die in Lateinamerika bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition des „Caudillismo“, also ohne Formen institutioneller Verankerung auskommender, allein auf dem Charisma und der Autorität politisch-militärischer Führerfiguren beruhender Staats- und Gesellschaftsordnungen, anknüpfen. Gravierende Eingriffe wurden auf ökonomischem Gebiet vorgenommen. Zum Leidwesen der Agrarelitens setzte das Vargas-Regime einen staatlich gelenkten Industrialisierungsprozess in Gang. Sozialpolitische Zugeständnisse wie die 1940 vollzogene Einführung eines Mindestlohns dienten der Abfederung der hierdurch verursachten gesellschaftlichen Umbrüche und sicherten der Diktatur bei weiten Teilen der Bevölkerung beachtliche Popularität. In Anlehnung an die innerhalb Europas praktizierten „nationalsyndikalistischen“ Modelle wurde ein sich je zur Hälfte aus VertreterInnen der Unternehmen und der Arbeiterschaft zusammensetzendes Wirtschaftskoncil installiert, das zur Verabschiedung von Gesetzen befugt war, so sie denn die Zustimmung des Diktators fanden. Gewerkschaften waren nur erlaubt, wenn sie sich mit einer reinen Alibifunktion begnügten. Im Gegensatz zu den IdeologInnen vieler europäischer Faschismen hegte das Vargas-Regime keine außenpolitischen Expansionsgelüste. Nichtsdestotrotz zeigte es sich unter erheblichem Propagandaaufwand um die Stärkung des brasilianischen Nationalismus bemüht, was ein gewisses Konfliktpotenzial im Verhältnis zu den Führungen Italiens und des „Dritten Reiches“ barg. Der auf die italienisch- und deutschstämmigen BrasilianerInnen zunehmend ausgeübte Assimilationsdruck kollidierte nämlich mit der Haltung der beiden europäischen Regime, die MigrantInnen als der eigenen „Volksgemeinschaft“ zugehö-

rig zu betrachten und sich ihrer bei Bedarf entsprechend zu bedienen. Während des Zweiten Weltkrieges wahrte Brasilien zunächst Neutralität. Nach Operationen deutscher und italienischer U-Boote vor der brasilianischen Küste erklärte das Land im Spätsommer 1942 den „Achsenmächten“ schließlich den Krieg. Mit diesem Schritt zog Vargas sich den Unmut hochrangiger Militärvertreter zu. Darüber hinaus verlieh der Kriegseintritt an der Seite der USA den demokratischen und liberalen Kräften Brasiliens neuen Aufwind. So endete mit dem Zweiten Weltkrieg auch die Herrschaft des Diktators, den im Oktober 1945 ein Militärputsch zum Rücktritt zwang. 1950 feierte Vargas mit seiner Wahl zum brasilianischen Präsidenten ein politisches Comeback. Als das Militär ihn 1954 ein weiteres Mal zum Rücktritt aufforderte, beging er Selbstmord. Auf seinen 1945 wieder nach Brasilien zurückgekehrten „integralistischen“ Widersacher Plínio Salgado entfielen bei den im Herbst 1955 abgehaltenen Wahlen um Vargas' Nachfolge immerhin rund 540.000 Stimmen.

Argentinien

Problematische Integration in das spanische Kolonialreich

Als erster Europäer soll Anfang 1516 der bald darauf von Angehörigen eines indigenen Stammes getötete spanische Seefahrer Juan Díaz de Solís (geboren 1470) argentinischen Boden betreten haben. Die Kolonisierung jener Teile Südamerikas, aus denen später Argentinien und Chile entstanden, gestaltete sich für Spanien wegen äußerst wehrhafter einheimischer Bevölkerungsgruppen schwierig. Das Herrschaftsgebiet der europäischen Eindringlinge beschränkte sich über einen längeren Zeitraum auf eine überschaubare Anzahl an Ansiedlungen und Forts. Besonders hartnäckigen Widerstand leistete das Volk der Mapuche, was die Kolonialmacht 1641 zur vertraglichen Anerkennung eines unabhängigen Territoriums bewog. In verwaltungstechnischer Hinsicht gehörte Argentinien dem Vizekönigreich Peru an, bis es 1776 mit Bolivien, Paraguay und Uruguay zum Vizekönigreich des Río de la Plata zusammengefasst wurde.

Erlangung der Unabhängigkeit

Die Invasion napoleonischer Verbände in Spanien führte im Vizekönigreich des Río de la Plata zu einem

Erstarken der Unabhängigkeitsbewegung(en). Ein am 25. Mai 1810 im argentinischen Buenos Aires einberufener Kongress von VertreterInnen kreolischer, d. h. mehrheitlich von spanischen EinwanderInnen abstammender Bevölkerungskreise beschloss die Absetzung des Vizekönigs. Die endgültige Loslösung Argentinien von Spanien erfolgte am 9. Juli 1816 in San Miguel de Tucumán.

Föderationskriege

Die Nationalstaatsbildung wurde in Argentinien von massiven Auseinandersetzungen bürgerkriegsartiger Natur begleitet. Der Konflikt entbrannte um die Frage der zukünftigen Staatsform. Während die durch liberale Kaufleute aus Buenos Aires dominierte Gruppe der so genannten Unitarier eine zentralistische Lösung befürwortete, pochte die von konservativen GroßgrundbesitzerInnen beherrschte föderalistische Fraktion auf ein Höchstmaß an Autonomie für die argentinischen Provinzen. Unter Einsatz terroristischer Methoden schwang sich Mitte der 1830er Jahre der Föderalist Juan Manuel de Rosas (1793-1877) zum Diktator auf, dessen Macht erst 1852 gebrochen werden konnte. Zehn weitere Jahre vergingen, bis es auf Basis einer republikanischen Verfassung zur Gründung eines Einheitsstaates kam.

Eliminierung verbliebener indigener Herrschaftsgebiete

Ein Dorn im Auge waren der argentinischen Staats- und Militärführung die Regionen indigener Selbstverwaltung. Im Rahmen der Züge eines Genozids trugen den „Wüstenkampagne“ unterworfen von General Julio Argentino Roca (1843-1914) befehligte Truppen zwischen 1878 und 1884 die in der Pampa und Patagonien lebenden Stammesgemeinschaften der Mapuche und Tehuelche. Die Nutzung des hierdurch erschlossenen riesigen Reservoirs an Weidegründen und Getreideanbauflächen blieb wenigen privilegierten Familien vorbehalten.

Einwanderungswelle und ökonomischer Boom

Die Ausfuhr von Weizen und Rinderfleisch fungierte als Motor einer Jahrzehnte währenden Phase wirtschaftlichen Aufschwungs. Ein weiterer Faktor der nachhaltigen konjunkturellen Belebung war der vermehrte Zustrom europäischer EinwanderInnen, die insbesondere

aus Italien, Spanien, Frankreich, Großbritannien sowie dem deutschsprachigen Raum den Weg nach Argentinien fanden und dort die Entwicklung von Industrie und Handwerk entscheidend prägten. Die Möglichkeit der politischen Einflussnahme blieb ihnen jedoch wie dem Großteil der übrigen Bevölkerung verwehrt.

Durchbruch und Niedergang der repräsentativen Demokratie

Um das Machtmonopol der Landoligarchie zu überwinden, formierte sich Ende des 19. Jahrhunderts aus den Reihen des bürgerlichen Mittelstands die „Radikale Bürgerunion“ („Unión Cívica Radical“ = UCR), die wesentlichen Anteil an der Einführung des allgemeinen Männerwahlrechtes 1912 besaß. Die politische Ernte ihrer diesbezüglichen Bemühungen fuhr die UCR 1916 ein, als ihr Kandidat Hipólito Yrigoyen (1852-1933) die Präsidentschaftswahlen gewann. Der Erste Weltkrieg, in den das Land militärisch nicht eingriff, tat der ökonomischen Erfolgsgeschichte Argentiniens keinerlei Abbruch. Wenig änderte sich allerdings auch an der ungleichen Verteilung der erwirtschafteten Reichtümer. Eine maßgeblich durch die anarchosyndikalistische Arbeiter-Föderation der Region Argentinien (Federación Obrera Regional Argentina = FORA) organisierte Streikbewegung vermochte 1919 das System der Ausbeutung nur kurzfristig zu erschüttern, ließ aber Industrie- wie Agrar-eliten ernsthaft um den Erhalt ihrer Besitzstände fürchten. Noch empfindlicher traf die argentinische Ökonomie der mit der Weltwirtschaftskrise einhergehende Absturz der Agrarpreise. Auf die wirtschaftliche folgte die politische Destabilisierung. So verdrängte 1930 ein Staatsstreich Yrigoyen von der Macht und leitete eine als „schändliche Dekade“ („*década infame*“) bezeichnete Periode der Herrschaft eines in sich zerstrittenen Militärapparates ein.

Jahrzehnt der scheiternden Generäle

Ihren Anfang nahm die „schändliche Dekade“ mit dem Aufstieg des Generals José Félix Uriburu (1868-1932) zum faktischen Staatsoberhaupt Argentiniens im September 1930. Der Putschist plante den Aufbau einer berufsständisch organisierten Wirtschaftsordnung nach

italienischem Vorbild. Da ihm aber weder Armee noch Zivilgesellschaft ausreichenden Rückhalt boten, konnte sich Uriburu lediglich bis Mitte Februar 1932 an der Macht behaupten. Nach dem Uriburu-Regime versuchten sich verschiedene weitere Militärdiktaturen ähnlich erfolglos an der Errichtung eines stabilen Herrschaftsapparates. Aus 1938 abgehaltenen Präsidentschaftswahlen ging schließlich der Jurist Roberto María Ortiz (1886-1942) als Sieger hervor. Obwohl es bei der Abstimmung zu den üblichen Unregelmäßigkeiten gekommen war, setzte sich Ortiz für eine Demokratisierung des Landes ein. Eine schwere Erkrankung zwang ihn jedoch 1942 zum Rücktritt, woraufhin der autoritärer eingestellte Vizepräsident Ramón Castillo (1873-1944) seinen Platz einnahm. In außenpolitischer Hinsicht sympathisierte Castillo mit den „Achsenmächten“, sah sich aber mit starkem Druck der US-Regierung konfrontiert, den argentinischen Neutralitätskurs aufzugeben und auf Seiten der Alliierten in den Zweiten Weltkrieg einzutreten. Hiergegen bezog ein Zusammenschluss nationalistischer Offiziere entschiedene Position.

Bildung einer profaschistischen Militärjunta und Aufstieg Peróns

Mitte 1943 putschte sich in Argentinien eine militärische Geheimorganisation, die „Gruppe der Vereinten Offiziere“ („Grupo de Oficiales Unidos“ = GOU), an die Macht. Zu ihren Mitgliedern zählte Oberst Juan Domingo Perón (1895-1974), ein erklärter Bewunderer des italienischen Faschismus. Trotz ihrer profaschistischen Haltung setzte das GOU-Regime die offizielle Neutralitätspolitik fort, unterstützte aber nicht zuletzt auf Betreiben Peróns, der in einer Allianz mit dem „Dritten Reich“ die Chance zur Erlangung der argentinischen Vorherrschaft in Südamerika erblickte, insgeheim die deutsche Auslandsspionage. Auch wenn sich Argentinien kurz vor Kriegsende doch noch dem Lager der Alliierten anschloss, avancierte Perón zur zentralen Figur der Militärjunta. Den Grundstein für seinen Aufstieg legte er im Amt des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt. Perón „säuberte“ die argentinische Gewerkschaftsbewegung von linken Einflüssen, sorgte für die Einbeziehung bislang nicht gewerkschaftlich verteilter ArbeiterInnen und ordnete die Gründung staatlich finanzierter Einheitsorganisationen für jeden Wirtschaftssektor sowie eines seiner Kontrolle unterliegenden Dachverbands, der „Confederación General del Trabajo“ (CGT), an. Da diese Maßnahmen mit substan-



ziellen Verbesserungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen verbunden wurden, stießen sie innerhalb proletarischer Kreise auf einen hohen Grad an positiver Resonanz. Eine zusätzliche Steigerung erfuhr Peróns Popularität durch den propagandistischen Einsatz seiner Geliebten und späteren Ehefrau Eva Duarte (1919-1952), einer aus armen Verhältnissen stammenden, regelmäßige Radioauftritte absolvierenden Schauspielerin. Das Anwachsen seiner Anhängerschaft beunruhigte die übrige Militärjunta ebenso wie die Regierungen der Alliierten. So wurde Perón, inzwischen zum Kriegsminister und Vizepräsidenten aufgerückt, im Herbst 1945 seiner Posten enthoben und verhaftet. Daraufhin strömten am 17. Oktober hunderttausende Streikende in die Innenstadt von Buenos Aires. In der brütenden Hitze entledigte sich eine Reihe von ihnen ihrer Hemden und suchte in Springbrunnen Abkühlung. Die Legende von den peronistischen „Hemdlosen“ („descamisados“) war geboren. Zur Besänftigung der protestierenden Massen wurde Perón umgehend freigelassen und zu den Präsidentschaftswahlen des folgenden Jahres zugelassen.

Herrschaftssystem und ideologische Leitgedanken des Perónismus

Die Ende Februar 1946 abgehaltenen Wahlen zum Staatsoberhaupt gewann Perón mit einem Stimmenanteil von 56 Prozent. Zielstrebig begab sich der Wahlsieger an die Installierung eines zentralen Herrschaftssystems und weltanschauliche Elemente der „klassischen“ europäischen Faschismen aufgreifenden Machtapparates. Die Loyalität der CGT sicherte dem Perón-Regime ein für Diktaturen faschistischer Prägung eher unübliches Maß an proletarischer Zustimmung. Weite Teile des Offizierskorps und der industriellen Unternehmerschaft sowie die 1947 von ihm aus der Taufe gehobene „Gerechtigkeits-Partei“ („Partido Justicialista“ = PJ) vervollständigten Peróns

Machtbasis. Der Parteiname besaß durchaus programmatischen Charakter, denn neben nationalistischen Botschaften zählten sozialreformerische Postulate und Projekte zu den Kernanliegen der peronistischen Bewegung. So blieb zwar das grundsätzliche Gefüge der Eigentumsverhältnisse während Peróns Präsidentschaft unangetastet, doch der zwischen 1946 und 1948 zu verzeichnende Anstieg ihrer Reallöhne um 35 Prozent sowie für sie vorteilhafte Eingriffe in den Unfallschutz und das Rentensystem wurden von der argentinischen Arbeiterschaft als Indikatoren einer sprunghaften Verbesserung ihrer sozialen Lage mehrheitlich freudig begrüßt. Zusätzliche Popularität verschaffte dem Regime die karitative Tätigkeit der nach der „First Lady“ („Primera Dama“) benannten „Eva Perón“-Stiftung. Zur Bildung einer Einparteiendiktatur kam es trotz entsprechender Tendenzen letztlich nicht. Die intensive, Peróns Wiederwahl im Herbst 1951 massiv unterstützende Nutzung der staatlich gelenkten Massenmedien zu Propagandazwecken schränkte aber den gesellschaftlichen Pluralismus stark ein. Regte sich dennoch offener Widerstand, wie z. B. 1951 im Zuge eines Eisenbahnerstreiks, reagierte das Perón-Regime mit blanker Gewalt und Repression. Mit besonderem Aufwand wurde die Stilisierung Peróns zum nationalen „Führer“ („conductor“) betrieben. Deckte sich der die Figur des Präsidenten überhöhende Personenkult mit dem faschistischen Führerprinzip, so fiel die Verklärung seiner Gattin „Evita“, die sich mit Eva Peróns Krebstod 1952 in Richtung einer Heiligenverehrung zu entwickeln begann, aus dem ideologischen Bezugsrahmen des Faschismus mit seiner ausgeprägten Männlichkeitsfixierung. Antisemitische und rassistische Positionen waren innerhalb der Anhängerschaft des Peronismus verbreitet, bestimmten dessen offiziellen Kurs aber deutlich weniger als etwa die Politik des untergegangenen „Dritten Reiches“. Auf eine unverändert starke Affinität Peróns zum „Nationalsozialismus“ deutet aber die Tatsache hin, dass Argentinien

unter seiner Herrschaft zu einem der Hauptzufluchtsstaaten untergetauchter NS-Verbrecher wurde. In wirtschaftspolitischer Hinsicht nahm Perón für sein Regime in Anspruch, einen „dritten Weg“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus zu beschreiten. Als wichtige Etappe erschien ihm in diesem Zusammenhang der Aufbau einer durch die faschistischen Bewegungen Italiens und Spaniens inspirierten Ständeordnung. Zudem verfolgte er das Ziel, durch die Verstaatlichung bestimmter Sektoren, etwa des Eisenbahnwesens, und einen forcierten Industrialisierungsprozess ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu erreichen, was tendenziell an den im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges seitens der Nazi-Führung verfolgten Autarkiekurs erinnerte. Mitte der 1950er Jahre ließ sich jedoch nicht mehr verbergen, dass Perón zwischen allen Stühlen saß: Die Ablehnung der ihn ohnehin skeptisch betrachtenden Agrarelitens wuchs, die Spitzen der auf dem Weltmarkt noch nicht etablierten argentinischen Industrie drängten auf Senkung des Lohnniveaus, die peronistische Gewerkschaftsbewegung forderte inmitten einer konjunkturellen Talfahrt das Gegenteil und wartete vergeblich auf vollmundig angekündigte Erfolge im Kampf gegen den US-Kapitalismus, Papst Pius XII. (1876-1958) exkommunizierte 1955 den Präsidenten nach einer Reihe den Vatikan alarmierender laizistischer Maßnahmen und selbst der Rückhalt des Militärs bröckelte zusehends.

Sturz und politisches Comeback

Im September 1955 bereitete ein Militärputsch Peróns Herrschaft ein vorläufiges Ende. Fast zwei Jahrzehnte verbrachte der gestürzte Machthaber im Exil, bevor er 1973 die Erlaubnis zur Rückkehr von Spanien nach Argentinien erhielt. Perón wurde im Oktober erneut zum Präsidenten gewählt, erwies sich allerdings als nicht in der Lage, die durch eine wirtschaftliche Dauerkrise und bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen geprägte innenpolitische Situation zu stabilisieren, zumal selbst innerhalb der peronistischen Bewegung längst heftige Flügelkämpfe entbrannt waren. Am 1. Juli 1974 verschied der Präsident. Neue Amtsinhaberin wurde seine dritte Ehefrau Isabel Perón (geboren 1931). Trotz verstärkten Einsatzes staatsterroristischer Methoden entglitt dem nominell von ihr geführten Regime immer mehr die Kontrolle über die Entwicklung des Landes, so dass sie im Frühjahr 1976 im Zuge eines weiteren Staatsstreiches entmachtete wurde.

Im Laufe der daraufhin errichteten, bis 1983 andauernden Militärdiktatur erreichte die staatliche Unterdrückung eine neue Qualität, bis zu 30.000 Oppositionelle wurden umgebracht bzw. „verschwanden“. Nach Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie beriefen sich mit dem Neoliberalen Carlos Menem (geboren 1930) sowie dem eher linksnationalistisch orientierten Ehepaar Néstor Kirchner (1950-2010) und Cristina Kirchner (geboren 1953) bislang drei argentinische Staatsoberhäupter auf die Werte des Peronismus.

Chile

Der Weg in die Unabhängigkeit

Ähnlich wie im benachbarten Argentinien stieß die im 16. Jahrhundert beginnende koloniale Inbesitznahme Chiles durch die spanische Krone auf erbitterte Gegenwehr indigener Stammesgemeinschaften. Zunächst gehörte Chile dem Vizekönigreich Peru an, bevor es 1778 den Status eines eigenständigen Generalkapitanats erhielt. Am 12. Februar 1818 erfolgte die Ausrufung der chilenischen Unabhängigkeit.

Etablierung und Ablösung der „Autoritären Republik“

Erster Präsident Chiles wurde der Liberale Bernardo O'Higgins (1778-1842). Letzterer konnte sich aber nicht gegenüber den konservativen GroßgrundbesitzerInnen behaupten, welche die Loslösung von Spanien unterstützt hatten, aber die gesellschaftliche Vormachtstellung der Oberschicht zementiert wissen wollten. So kam es zur Bildung einer „Autoritären Republik“, die erst 1891 im Zuge eines Bürgerkrieges durch eine parlamentarisch-demokratische Ordnung ersetzt wurde.

Gewaltsame Zurückdrängung indigener Lebensformen

Die indigenen Bevölkerungsgruppen Chiles sahen sich mit einer brutalen Vertreibungs- und Auslöschungspolitik konfrontiert. Ihre Rückzugsgebiete im Süden des Landes wurden ihnen zwischen 1845 und 1925 entrissen und europäischen EinwanderInnen, von denen zahlreiche aus dem deutschsprachigen Raum stammten,

zur Ansiedlung überlassen.

Salpeter- und Kupferabbau als Quelle wirtschaftlicher Prosperität

Im so genannten Salpeterkrieg, einer von 1879 bis 1884 mit Bolivien und Peru geführten militärischen Auseinandersetzung, verleibte sich Chile die weltweit wichtigsten Vorkommen für die Produktion von Dünger und Sprengstoff unentbehrlichen Nitrats ein. Die Ausbeutung dieser Lagerstätten und der ab Anfang des 20. Jahrhunderts in großem Stil betriebene Kupferbergbau bescherten Chile einen Wirtschaftsboom.

Soziale Spannungen

Die mit dem Export der Bodenschätze erzielten Profite kamen in erster Linie der chilenischen Oberschicht sowie US-Firmen zugute, während die Arbeiterschaft für Hungerlöhne ihre Gesundheit riskierte. Gegen die soziale Ungleichheit begannen die Betroffenen um die Jahrhundertwende Widerstand zu organisieren, der wiederum staatliche Repressalien nach sich zog. So richteten Ende 1907 Soldaten im nordchilenischen Iquique ein zirka 3.000 Todesopfer forderndes Blutbad an Streikenden und ihren Familien an. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Chile Neutralität wahrte, ließ der internationale Bedarf an Salpeter aufgrund der Entwicklung innovativer Verfahren zur Stickstoffgewinnung stark nach. Der hierdurch verursachte Abwärtstrend der chilenischen Wirtschaft ging mit einem Prozess innenpolitischer Destabilisierung einher. Mitte der 1920er Jahre hebelte eine von General Carlos Ibáñez del Campo (1877-1960) angeführte Militärjunta die parlamentarisch-demokratische Ordnung aus. Die für Chile gravierenden Folgen der Weltwirtschaftskrise sorgten jedoch für eine Verschärfung der sozialen Spannungen, die sich im Sommer 1931 in Form eines Ibáñez von der Macht vertreibenden Aufstands Bahn brachen.

Politische Polarisierung

Im Lauf der 1930er Jahre prägten zunehmende Polarisierungstendenzen die Entwicklung der chilenischen Parteienlandschaft. Innerhalb des linken Lagers formierten sich 1936 die Sozialistische Partei Chiles (Partido Socialista de Chile = PS) und die Kommunistische Partei Chiles (Partido Comunista de Chile = PC) gemeinsam mit

der eher bürgerlichen „Radikalen Partei“ (Partido Radical = PR) zur „Volksfront“ (Frente Popular), die zwei Jahre später die Regierungsgeschäfte übernahm. Aus den Kräften des rechten Spektrums stach mit der 1932 gegründeten „Nationalsozialistischen Bewegung Chiles“ (Movimiento Nacional-Socialista de Chile = MNS) eine sich revolutionär gebärdende Partei hervor, deren Ausrichtung an der Weltanschauung und Organisationsstruktur der Nazi-Bewegung bereits in der Namenswahl anklang. Auf diese Orientierung deutete auch die Tatsache hin, dass mit dem Chefideologen Carlos Keller Rueff (1897-1974) und ihrem „Führer“ („Jefe“) Jorge González von Marées (1900-1962) die beiden Leitfiguren der MNS deutsche Wurzeln besaßen. Obwohl ihre Mitgliederzahl nur etwa 20.000 betrug, wagte die MNS im September 1938 einen zudem dilettantisch vorbereiteten Putschversuch, nach dessen blutiger Niederschlagung sie in der politischen Versenkung verschwand.

Vom Ende der „Volksfront“ bis zur christdemokratischen Reformregierung

Im Zweiten Weltkrieg blieb Chile nicht zuletzt aus Rücksicht auf die deutschstämmige Minderheit lange neutral, um sich 1944 doch noch den Alliierten anzuschließen. Bereits drei Jahre zuvor war es zwar zum Bruch der „Volksfront“ gekommen, aber unter Duldung der ehemaligen Koalitionspartner konnte die PR weiterhin regieren. Als Sieger der Präsidentschaftswahlen feierte 1952 der einstige Diktator Ibáñez eine politische Wiederauferstehung. Auf ihn folgte 1958 der konservative Unternehmer Jorge Alessandri (1896-1986). Nachdem ihre Amtszeiten ohne Überbrückung der noch immer eklatanten sozialen Gegensätze verstrichen waren, schien 1964 die Regierungsübernahme seitens der sieben Jahre vorher aus der Taufe gehobenen Christdemokratischen Partei (Partido Demócrata Cristiano = PDC) einen echten Politikwechsel einzuläuten. So signalisierte der christdemokratische Präsident Eduardo Frei Montalva (1911-1982) ernsthafte Reformbereitschaft, indem er z. B. eine wesentlich gerechtere Verteilung des vorhandenen Agrarbesitzes in die Wege leitete. Die linke Opposition hielt allerdings radikalere Maßnahmen für geboten. Zur Bündelung ihrer Kräfte bildeten PS, PC und diverse andere Gruppen Ende 1969 ein als „Volkseinheit“ („Unidad Popular“ = UP) bezeichnetes Wahlbündnis.



Präsidentschaft und gewaltsamer Sturz Salvador Allendes

Bei einem im September 1970 abgehaltenen Urnengang setzte sich die UP mit ihrem sozialistischen Spitzenkandidaten Salvador Allende (1908-1973) durch. Umgehend startete die marxistisch geprägte Regierung einen Prozess sozialer Umwälzung. Zum diesbezüglichen Maßnahmenbündel zählten etwa eine deutliche Erhöhung der Löhne sowie das Einfrieren der Miet- und Lebensmittelpreise. Die Finanzierung sollte u. a. durch die Verstaatlichung der chilenischen Kupfervorkommen und die entschädigungslose Enteignung in- wie ausländischer Industriebetriebe erfolgen. Aufgrund des sozialrevolutionären Kurses der UP kündigte die mittelschichtsorientierte PDC ihre anfängliche Unterstützung Allendes auf. Der Druck auf die UP wuchs enorm im Zuge des gegen sie gerichteten Engagements der US-Regierung, die das in Chile begonnene sozialistische Experiment als inakzeptable Bedrohung ihrer außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen begriff. So verhängte die Führung der Vereinigten Staaten unter Präsident Richard Nixon (1913-1994) wirtschaftliche Sanktionen, schnitt Chile vom internationalen Finanzmarkt ab und ließ der extrem rechten Terrorgruppe „Vaterland und Freiheit“ (Patria y Libertad) über den US-amerikanischen Auslandsnachrichtendienst CIA Geld und militärisches Know-how zukommen. Um sich des Rückhalts der eigenen

Armee zu versichern, ernannte Allende den regierungsloyalen General Carlos Prats (1915-1974) zum Innenminister. Auf Empfehlung Prats' betraute Allende Ende August 1973 Augusto Pinochet (1915-2006), der als ehemaliger Militärattaché in Washington über beste Kontakte zu den Spitzen der US-Streitkräfte und zur CIA verfügte, mit dem Oberbefehl über das chilenische Heer. Wenige Wochen später, am 11. September, kommandierte Pinochet einen Militärputsch, der trotz erbitterter Gegenwehr der UP-AnhängerInnen den Sturz der Allende-Regierung erzwang. Das Staatsoberhaupt selbst starb im von Luftwaffen- und Panzereinheiten attackierten Präsidentenpalast.

Das Pinochet-Regime

Der Staatsstreich war Auftakt einer Welle blutiger Verfolgung, in deren Verlauf zahlreiche Angehörige und SympathisantInnen der UP in improvisierte Lager, allein um die 40.000 in das Nationalstadion der Hauptstadt, gepfercht und in vielen Fällen gefoltert wurden. Erst allmählich wich der massenhafte Terror gezielteren Formen der Repression, wobei parteipolitische und gewerkschaftliche Aktivitäten einem generellen Verbot unterlagen. Insgesamt wurden während der Militärdiktatur zirka 4.000 Oppositionelle ermordet, knapp ein Zehntel der rund zehn Millionen Menschen umfassenden chilenischen Bevölkerung emigrierte. Pinochets hervorgehobene Stellung innerhalb des Kreises der Putschisten erhielt 1974 mit seiner Ausrufung zum „Obersten Führer der Nation“ (Jefe Supremo de la Junta) offizielle Weihe. Doch trotz des Vorhandenseins einer Führerpersönlichkeit und eines unter Einsatz terroristischer Mittel praktizierten Antikommunismus sollte sich das Pinochet-Regime nur bedingt zu einem Herrschaftsapparat faschistischer Prägung entwickeln. So wurde z. B. auf die „klassische“ Faschismen auszeichnende Gründung einer entsprechenden Partei verzichtet. Stattdessen stützte Pinochet seine Macht allein auf Polizei- und Militärkräfte sowie die für „Sonderaufgaben“ vorgesehene Terrororganisation „Nationale Geheimdienstbehörde“ (Dirección de Inteligencia Nacional = DINA). Auf ökonomischem Gebiet wurde ebenfalls kein für faschistische Bewegungen typischer Weg beschritten. Anstatt etwa den Aufbau einer berufsständischen Gesellschaftsordnung zu betreiben oder Autarkiebestrebungen zu verfolgen, ließ sich das Pinochet-Regime von der neoliberalen Lehre des US-Wirtschaftstheoretikers Milton Friedman (1912-2006) leiten, was sich u. a. in der Reprivatisierung sämtlicher Betriebe sowie einer drasti-

schen Senkung der Sozial- und Bildungsausgaben niederschlug. War etwa in Argentinien während der Hochphase des Peronismus der Versuch einer nationalistischen Mobilisierung auf Kosten der Vereinigten Staaten unternommen worden, arrangierte sich Chile unter Pinochet bereitwillig mit der US-amerikanischen Vorherrschaft. Im Gegenzug gewährte die US-Regierung intensive Wirtschaftshilfe und vermittelte internationale Kredite. Auf Dauer war aber die in beträchtlichem Ausmaß von Armut und Unterernährung betroffene Bevölkerung nicht allein mit Zwang und Unterdrückung ruhigzustellen. 1987 weichte Pinochet daher das Parteienverbot auf, ein Jahr später gestattete er die Abhaltung eines Plebiszits über die Fortsetzung seiner Herrschaft. Der Diktator beugte sich dem für ihn negativen Votum und machte, nachdem er sich aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung zum Senator auf Lebenszeit hatte berufen lassen, einem parlamentarisch-demokratischen Neuanfang Platz. Erst 2005, ein Jahr vor seinem Tod, erfolgte die Aufhebung seiner Immunität, doch medizinische Gründe bewahrten ihn vor einem Prozess. ■

|| fpf

Quellen:

Adamovsky, Ezequiel, *Die Mittelschicht in der Geschichte Argentiniens*. In: *Nueva Sociedad*, Sonderheft 2010, S. 74-86. --- Bernecker, Walther L. / Pietschmann, Horst / Zoller, Rüdiger, *Eine kleine Geschichte Brasiliens*, Frankfurt am Main 2000. --- Carreras, Sandra / Potthast, Barbara, *Eine kleine Geschichte Argentiniens*, Berlin 2010. --- Emil, *Chile 1973. Militärputsch gegen Bodenreform und Umverteilung*. In: *DIE ROTE HILFE*, 1 / 2011, S. 34-37. --- Forster, Nicolas, *Brasilien am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Eine Situationsanalyse unter besonderer Berücksichtigung der „Força Expedicionária Brasileira“*, Wien 2010. --- Meschkat, Klaus, *Gedanken zu einem 30. Jahrestag*. In: *Lateinamerika Analysen* 6 (2003), S. 142-157. --- Nohlen, Dieter, *Der chilenische 11. September: 30 Jahre danach*. In: *Lateinamerika Analysen* 6 (2003), S. 95-113. --- Paxton, Robert O., *Anatomie des Faschismus*, München 2006. --- Payne, Stanley, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, Wien 2006. --- Rumpf, Eckhard, *Unterentwicklung der politischen Parteien und Dominanz der Eliten in Brasilien*, Berlin 2003. --- Wippermann, Wolfgang, *Faschismus. Eine Weltgeschichte vom 19. Jahrhundert bis heute*, Darmstadt 2009.

Erich-Mühsam-Fest in Berlin geplant

Die Anarchosyndikalistische Jugend lädt zum Erich-Mühsam-Fest am 09. Juli 2011!

In Berlin gibt es seit einer Handvoll Jahren Erinnerungsveranstaltungen zu einem der bekanntesten Libertären Deutschlands. Auch die anarchosyndikalistische Jugend Berlin gedenkt seit ihrem Bestehen jährlich dem Wirken und Schaffen Erich Mühsams, welcher 1934 im KZ Oranienburg durch den Strang ermordet wurde. So wurde 2009 im strömenden Regen das Grab besucht und im Jahr 2010 ein gemeinsamer Kulturabend mit Gedichten und Texten von Erich Mühsam und dem Besuch des Gedenksteins in der Berliner Dörchläuchtingstraße veranstaltet.

Auch dieses Jahr möchte die ASJ Berlin Erich Mühsam gedenken und lädt daher unter dem Motto „Menschen lasst die Toten ruhn und erfüllt ihr Hoffen“ zum Erich-Mühsam-Fest 2011 ins Bethanien (Mariannenplatz, U-Kottbuser Tor). Thematisch soll es um die Perspektiven des Anarchismus gehen, ergänzt durch ein Kulturprogramm. Es wird Vorträge zum Thema Genossenschaften, internationale Solidarität, gegenseitige Hilfe, anarchistische Verlagsarbeit und einiges mehr geben. Bücherstände, Theater und Musik, offene Diskussionen und einander kennen lernen werden das Fest ergänzen.

Wenn ihr Lust habt, dann kommt am 9. Juli 2011 ab 11 Uhr ins Bethanien und gedenkt mit uns Erich Mühsam.

Oder wenn das nicht klappt, dann macht mit bei der Gedenk-Fahrradtour nach Oranienburg in der darauf folgenden Woche (genauer Termin wird noch bekannt gegeben). ■

Weitere Infos: <http://asjberlin.blogspot.de>



Erich Mühsam
Fest 2011



Ludwigsburg: Vortrag: Die Utopie leben

Wann: 14.07., 19 Uhr

Wo: DemoZ, Wilhelmstrasse 45/1, 71638 Ludwigsburg

Im Sommer 2011 jährt sich die Soziale Revolution in Spanien zum fünfundsiebzigsten Mal. Und obwohl der kurze Sommer der Anarchie mit einer schrecklichen Niederlage endete, hat die Soziale Revolution in Spanien ihre Faszination nicht verloren. Kein anderer Sommer als der von 1936 hat gezeigt, dass eine bessere Welt, eine libertäre und solidarische Welt ohne Herrschaft, ohne Ausbeutung mit einem Leben in Würde und freier Selbstbestimmung immer möglich ist. Die Utopie der Anarchie lebt ... Eine Veranstaltung von (LB)²

Mehr Infos: www.demoz-lb.de ■

Kautzen-Niederösterreich:

6. Anarchistisches Sommercamp

Wann: 18.-25.07. | **Wo:** Seed-Camp, Dobersbergerstraße 23, A-3851 Kautzen (www.seedcamp.at)

Das anarchistische Sommercamp 2011 in Österreich soll Menschen aus unterschiedlichen Orten, Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen und Hintergründen zusammenbringen, um ein befreites Leben zu erproben.

Mehr Infos: deu.anarchopedia.org/A-Camp_2011/AST ■

Lulea (Schweden): International Action Camp

Wann: 22.-29.7. | **Wo:** außerhalb von Lulea

Antimilitaristisches Camp gegen Europas größtes Testgelände für Luftwaffentechnologie (NEAT) in Schweden.

Mehr Infos: warstartshere.com / ofog.org ■

Burg Lutter:

Wer lebt mit wem, warum und wie 2011 (Camp)

Wann: 24.-31.07. | **Wo:** Burg Lutter, Auf der Burg, 38729 Lutter (www.burg-lutter.de/)

Ein Camp für kritische Freiheit(en) und lebendige Alternativen, für radikale Traumverwirklichende jeden Alters. Worum es geht? Um die Suche nach Antworten auf die Frage, ob es ein richtiges Leben im Falschen geben kann und wie dieses gestaltbar wäre. Um den Umgang mit Strukturen und Kategorien wie u.a. gender, race, ableism, Alter, Bildung, Adultismus und Heteronormativität. Um die darüber generierten Normen, Diskriminierungsmechanismen und Ungleichverhältnisse und ihr Hineinwirken in unsere Beziehungen und Lebenszusammenhänge.

Mehr Infos: wlmw.blogspot.de/ ■

Berlin: Woche der Widerspenstigen

Wann: 09.-18.09. | **Wo:** Berlin (verschiedene Orte)

Dieses Jahr jährt sich die Hochzeit der Hausbesetzer_innen- und Kollektivbewegung zum 30ten Mal. Wir, ehemalige Besetzer_innen und Kollektivist_innen aus den 80ern und Aktivist_innen von heute, wollen mit „Alten“ und „Jungen“ zusammen die damaligen Erfahrungen kritisch beleuchten und den Austausch anregen; eine Brücke zwischen „damals“ und „heute“ schlagen. Wir wollen uns kennen lernen, austauschen, zusammen tabulos streiten, besser vernetzen, lachen, staunen, in Frage stellen, tanzen und gemeinsam vorwärts gehen.

Wir wollen aktuell existierende Ansätze und Initiativen einem größeren Kreis bekannt machen und alle potentiell Aufsässigen zum Mitmachen aufrufen.

Mehr Infos: ssl-id.de/geschichte-wird-gemacht.net/blog/ ■

Dresden: Libertäre Tage Dresden 2011

Wann: 17.-24.09. | **Wo:** Dresden (verschiedene Orte)

Eine volle Woche lang organisierte das Libertäre Netzwerk Dresden Vorträge, Workshops, Diskussionen, Demos, Straßenfeste rund um das Thema Anarchismus.

Mehr Infos: utopienentdecken.blogspot.de/ ■



Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: <http://www.fda-ifa.org>

IFA: <http://www.i-f-a.org>

Anarchistische Föderation Berlin

Kontakt: afb@riseup.net

<http://www.afb.blogspot.de>

Anarchistische Gruppe Mannheim

Kontakt: info@anarchie-mannheim.de

<http://www.anarchie-mannheim.de.vu>

Antinationale Offensive Saarbrücken

Kontakt: antinationale@gmx.de

<http://www.antinationale.org>

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein

Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden

Kontakt: linetdd@riseup.net

<http://www.libertaeres-netzwerk.info>

Libertäres Bündnis Ludwigsburg

Kontakt: lb-hoch2@riseup.net

<http://lblb.pytalhost.de>

Karakök Autonome Türkei/Schweiz

karakok.wordpress.com/karakok-autonome

Kontakt: laydaran@immerda.ch



Inhalt

- 2 **Editorial**
- 3 **Erfahrungen vom Kongress
„Jenseits des Wachstums“**
- 7 **No God, no Master, no Publicity**
- 11 **Lesben-Frühlings-Treffen - 2011**
- 12 **Selbstvorstellung des
^ Libertären Netzwerks Dresden**
- 16 **Vorstellung der
Anarcho-Syndikalistischen Jugend Leipzig**
- 17 **Die Verteilung des Energieverbrauchs**
- 19 **Warum selbstorganisierte Netzwerke
Hierarchien zerstören werden**
- 20 **Was ist Faschismus? #5**
- 29 **Erich-Mühsam-Fest in Berlin geplant**
- 30 **Termine**
- 31 **Wer Wir Sind & Was Wir Wollen**